



4. Sitzung

Mittwoch, 12. Mai 2004

Vorsitzende: Erste Vizepräsidentin Barbara Duden und
Vizepräsidentin Bettina Bliebenich

Inhalt:

Zur Geschäftsordnung

Dr. Andrea Hilgers SPD	139 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl von neun Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung – Drs 18/10 (Neufassung) –	149 C
Bernd Reinert CDU	139 B		
Christian Maaß GAL	139 B		

Beschluss

Aktuelle Stunde

Faktion der SPD:

Krippe in Not – wird das Versprechen des Bürgermeisters gehalten?	139 C	Wahl eines Mitglieds für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung – Drs 18/77 –	149 C
--	-------	---	-------

Dr. Andrea Hilgers SPD	139 D	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung – Drs 18/146 –	149 D
Marcus Weinberg CDU	140 C		
Christiane Blömeke GAL	141 B		
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	142 A	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union – Drs 18/164 –	149 D
Rüdiger Schulz SPD	142 D		
Dr. Willfried Maier GAL	143 C		

Faktion der GAL:

Maulkorberlass für Hamburgs Lehrerinnen – Zensur statt politischer Debatte	143 C	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport – Drs 18/165 –	149 D
---	-------	--	-------

Christa Goetsch GAL	143 C	Doris Mandel SPD	149 D
Robert Heinemann CDU	144 C	Christa Goetsch GAL	150 B
Wilfried Buss SPD	145 C	Hans-Detlef Roock CDU	150 B
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	146 B	Dr. Verena Lappe GAL	150 D
Thomas Böwer SPD	146 D		
Dr. Willfried Maier GAL	147 C		
Britta Ernst SPD	148 A		
Marino Freistedt CDU	149 A	Ergebnisse	159

Faktion der CDU:

Größere EU – Neue Chancen für Hamburg (Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
---	--

Antrag der Fraktion der SPD:

**Kein Ausbau des Ring 3 zwischen
Rahlstedt und der A 1**

– Drs 18/87 –	151 A
Karin Timmermann SPD	151 A
Klaus-Peter Hesse CDU	152 A
Jörg Lühmann GAL	153 A
Beschluss	153 C

Antrag der Fraktion der GAL:

Girokonten für alle

– Drs 18/159 –	153 C
dazu	

Antrag der Fraktion der SPD:

Girokonto für jedermann

– Drs 18/220 –	153 D
Martina Gregersen GAL	153 D
Frank-Thorsten Schira CDU	154 D
Uwe Grund SPD	155 A
Beschlüsse	155 D

Antrag der Fraktion der CDU:

**Polizeiliche Präsenz am
Flughafen Hamburg**

– Drs 18/155 –	156 A
Klaus-Peter Hesse CDU	156 A
Gesine Dräger SPD	156 D
Antje Möller GAL	157 B
Beschluss	158 A

Antrag der Fraktion der SPD:

**Entwicklung eines Studienganges
„Internationales Wirtschaftsrecht“
in Kaliningrad**

– Drs 18/161 –	158 B
Beschluss	

Dringlicher Senatsantrag:

**Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004
Einrichtung eines zentralen Verwahrplatzes
für abgeschleppte Fahrzeuge im
Zusammenhang mit der Neuordnung
des Abschleppwesens**

– Drs 18/132 –	158 B
Beschlüsse	

A

Beginn 15.01 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung aus den Reihen der SPD-Fraktion gemäß Paragraph 44 in Verbindung mit Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Hilgers, Sie haben das Wort für maximal zwei Minuten.

Dr. Andrea Hilgers SPD (zur Geschäftsordnung): Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Wahl des stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen heute auf der Tagesordnung steht. Es ist strittig, ob die Wahl überhaupt stattfinden muss, da ungeklärt ist, ob das in der letzten Wahlperiode gewählte stellvertretende Mitglied noch im Amt ist. Auch im Ausschuss der Regionen selber herrscht über diese Frage keine Einigkeit. Der Präsident der Bürgerschaft hat den Präsidenten des Senats gebeten, diese strittige Frage in Berlin zu klären. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Daher stellt dieser Tagesordnungspunkt einen Eingriff in ein schwedendes Verfahren dar. Lassen Sie uns diesen Punkt bis zur Klärung vertagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert auch für maximal zwei Minuten.

B

Bernd Reinert CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Hilgers, es mag sein, dass im Ausschuss der Regionen darüber Unklarheit besteht.

(*Dr. Andrea Hilgers* SPD: Überhaupt, Herr Reinert!)

Allerdings möchte ich Sie auf die Drucksache 18/1 verweisen, ausgefertigt von unserer damaligen Bürgerschaftspräsidentin Frau Dr. Stapelfeldt, in der es ganz klar heißt, dass nach dem Nizza-Vertrag die Amtszeit der AdR-Mitglieder mit dem Ablauf der Wahlperiode endet, das heißt also, wenn das Parlament, welches sie entsendet, neu gewählt wird. Dieselbe Auffassung hat auch der neue Bürgerschaftspräsident vertreten und es gibt keinerlei begründete rechtliche Zweifel daran, dass wir diese Wahl durchführen können. Deswegen werden wir die Wahl auch heute durchführen. Die Prüfung durch die Bundesregierung würde bestenfalls dadurch beschleunigt werden, dass wir bereits eine Wahl vorgenommen haben.

(*Dr. Andrea Hilgers* SPD: Das ist aber merkwürdig!)

Es gibt also keinen Grund, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn eine Frage strittig und von einer unabhängigen Stelle in Prüfung befindlich ist, spricht aus meiner Sicht einiges dafür, dass

man diese Klärung und diese Prüfung erst einmal abwartet. Bei allem Respekt vor dem Ausschuss der Regionen ist eine Unsicherheit über eine stellvertretende Mitgliedschaft in diesem Ausschuss für eine gewisse überschaubare Zeit – bis diese Prüfung abgeschlossen ist – nun wirklich vertretbar. Deshalb wären wir auch dafür, entsprechend dem Antrag der SPD zu verfahren.

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Tagesordnungspunkt 7, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union, vertagen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Vertagungswunsch ist abgelehnt. Dann werden wir heute die Wahl vornehmen.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet, und zwar von der SPD-Fraktion

Krippe in Not – wird das Versprechen des Bürgermeisters gehalten?

von der GAL-Fraktion

Maulkorberlass für Hamburgs Lehrerinnen – Zensur statt politischer Debatte?

von der CDU-Fraktion

Größere EU – Neue Chancen für Hamburg

Ich bitte zum Thema der SPD-Fraktion um Wortmeldungen? – Frau Dr. Hilgers hat das Wort.

D

Dr. Andrea Hilgers SPD: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 21. April dieses Jahres wurde in Hamburg in der Bürgerschaft einstimmig, getragen durch die Kraft von 170 000 Unterschriften aus dem Volksbegehren „Mehr Zeit für Kinder“, das modernste Kinderbetreuungsgesetz der Republik beschlossen.

Nach dreimaligem Einbringen des Gesetzesentwurfes in die Bürgerschaft – das erste Mal Anfang 2002 – hat sich die Initiative durchgesetzt. Initiative und Senat haben sich geeinigt.

Durch den Beschluss der Bürgerschaft wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen. So weit, so gut.

In der gemeinsamen Presseerklärung von Olaf Scholz haben Sie, Herr Bürgermeister von Beust, am 19. April dieses Jahres ein weiteres politisches Versprechen gegeben, welches ein Kernelement der Einigung zwischen Initiative und dem Senat darstellt. Ich zitiere:

„... die Senatsseite ... gab ... die Zusicherung, dass die Behörde für Soziales und Familie gleich nach Verabschiedung des Gesetzes beginnen wird, auch den Eltern von Kindern im Krippenalter, deren ansonsten gewährleistete Berufstätigkeit an der fehlenden Kinderbetreuung scheitern würde, Plätze anzubieten.“

Am 26. April dieses Jahres gab Frau Senatorin Schnieber-Jastram ein so genanntes Härtefallprogramm

- A mit folgenden Bedingungen bekannt: Die Kinder erhalten einen Platz, wenn

„... Eltern eine neue Arbeitsstelle nicht antreten können, weil ihr Kind in keiner Weise anders betreut werden kann beziehungsweise ein Verlust des bisherigen Arbeitsplatzes droht, weil die bisherige Betreuungsperson plötzlich ausfällt und die Familie dadurch in eine extreme Notsituation geraten würde.“

Dieses Härtefallprogramm, Frau Senatorin, insbesondere die Einschränkung auf einen extremen Notfall entspricht nicht dem politischen Versprechen des Bürgermeisters, denn die politische Einigung sah die zügige Bewilligung notwendiger Krippenplätze vor. Das wird jetzt verhindert, wie erkennbar wird.

Erstens: Die Vorgehensweise einer neuen Antragstellung über die Hotline ist nicht transparent, denn die, die auf der Warteliste stehen, werden nicht angeschrieben.

Zweitens ist die Vorgehensweise bürokratisch: Erst die Hotline, bei der wenige durchs Nadelöhr kommen, dann an die Bezirke zur Prüfung, dann wieder Meldung an die BSF und erst dann Bewilligung.

Drittens: Die vorrangige Zuweisung von Tagespflege statt Krippenplätzen unterläuft die im Gesetz verankerte Wahlfreiheit zwischen Krippe und Tagespflege.

Viertens: Diese Vorgehensweise ist frauenfeindlich, Frau Senatorin,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- B denn während der Mann – in der Regel ist es der Mann – oberhalb des Sozialhilfesatzes verdient, kann sie ruhig ihren Job verlieren und das in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit.

Die letzten Zahlen, die wir für den Krippenbereich erhalten, besagen, dass circa 3000 Eltern auf der Warteliste stehen. Der Lenkungsgruppenbericht rechnet in diesem Jahr gar mit 5000 Anträgen.

Gestern haben wir im Haushaltsausschuss erfahren, dass für die bisher 210 Anträge, die in zwei Wochen über die Hotline gegangen sind, nur sieben Bewilligungen ausgesprochen wurden, eine pro Bezirk.

Dieser Tropfen, Frau Senatorin, ist so klein, dass er verdampt, bevor er den heißen Stein erreicht hat. Diese Praxis ist nicht zu akzeptieren. Der Krippenbetreuungsgrad ist mittlerweile so weit gesunken, dass die Behörde den Versorgungsgrad für Krippen nicht mehr alleine, sondern nur noch unter Hinzuziehung der Tagespflege angibt. Hier wird an Zahlen manipuliert, um den Rückgang an Krippenplätzen in Hamburg zu vertuschen.

Wir hatten einmal beinahe einen Krippenversorgungsgrad von 20 Prozent, der im Kita-Chaos bereits auf etwa 15 Prozent gesunken ist. Jetzt bewegen wir uns vermutlich in Richtung 10 Prozent. Sie, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, verspielen die guten, modernen Strukturen Hamburgs in der Kinderbetreuung für die Null- bis Dreijährigen und Sie, Herr Bürgermeister, halten Ihr Versprechen nicht. Das ist ein schlechtes Omen für die Rechtsgarantien des Kibeg, die ab Januar 2005 beziehungsweise August 2006 greifen.

Beginnen Sie im Interesse der Kinder und Eltern endlich, beim Thema Kita ordentlich zu arbeiten, sonst wird das nichts, trotz eines hervorragenden Gesetzes zur Kinder-

betreuung. Wir wollen das Beste für die Versorgung der Kinder in Hamburg. Tun Sie etwas dafür. C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Weinberg.

Marcus Weinberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werte Frau Dr. Hilgers, einen Satz gleich zum Anfang: Sie wollen das Beste für die Kinder, wir wollen auch das Beste für die Kinder in dieser Stadt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das sieht man nicht!)

Das müssen Sie uns schon glauben.

(Beifall bei der CDU)

Ich war etwas irritiert, wenn ich ganz ehrlich bin. Sie können für die Aktuelle Stunde natürlich anmelden, was Sie wollen. Das ist nicht nur Ihr Recht, das ist auch Ihre Verantwortung als Oppositionspartei. Als ich das Thema zu Gesicht bekam, da war – ich formuliere es einmal ganz scharf – die Tinte dieser großen Vereinbarung noch nicht ganz getrocknet und schon haben Sie dieses Thema wieder angemeldet. Ich halte das für politisch unangebracht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das haben Sie nicht zu bewerten!)

Im Übrigen stimmt das, was Sie gesagt haben, inhaltlich in dieser Form nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist für mich eine Frage des Geschmacks, wenn man sich geeinigt hat und diese Entscheidung drei Wochen später wieder in die Kritik und in die politische Landschaft stellt. Das ist eine gewisse Strategie, die ich nicht verstehen kann. Wenn Herr Böwer verhandelt, Herr Scholz unterschreibt, dann kommen Sie nach drei Wochen und kritisieren bereits.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Weil der Senat nichts umsetzt!)

In dem Fall ist es nicht angebracht gewesen, das jetzt gleich so in dieser Form zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal zurück zum Ziel des Betreuungsangebots. Ich will auch ganz konkret auf Ihre Kritik kommen. Sie haben übertrieben dargestellt, wir wären bei 15 Prozent und würden das Krippenangebot auf 10 Prozent senken. Das ist nicht ganz so. Damit es einmal deutlich wird, will ich ganz kurz sagen, auf welchem Stand wir im Krippenangebot sind. Ich will jetzt nicht so viele Zahlen bringen, aber ich will es mit anderen westdeutschen Bundesländern vergleichen. Wenn man bedenkt, dass Niedersachsen 2,1 Prozent, Nordrhein-Westfalen 2,3 Prozent und das Saarland um 3,5 Prozent hat, dann liegen wir mit 16/17 Prozent nach wie vor weit, weit vorne.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, und? – Michael Neumann SPD: Wir hatten aber 20 Prozent!)

Das ist uns nicht genug, das wissen wir auch, aber trotzdem, glaube ich, sollte man auch den bundesdeutschen Vergleich darstellen. Wenn ich mir einige Bundesländer anschau, stelle ich fest, dass wir im Bereich der Kindertagesbetreuung gerade aufbauen.

A (Michael Neumann SPD: Sie bauen ab!)

Nehmen wir einmal das Beispiel Brandenburg. Dort hat sich von 1994 bis 2001 die Anzahl der Krippeneinrichtungen von 26 auf neun reduziert. Dort wurde massiv abgebaut, die Anzahl der Kitas im Übrigen von 234 auf 63.

(Michael Neumann SPD: Ist Brandenburg jetzt der Maßstab für Hamburg?)

Herr Neumann, Sie haben vor drei Wochen ganz groß erzählt, wie wichtig es war, dass unterschrieben wurde. Gerade vor sechs, sieben Wochen hat die Behörde die Verantwortung für diesen Bereich übernommen. Wir litten in der Vergangenheit darunter, dass permanent im Bereich der Kindertagesbetreuung Wasserstandsmeldungen durch die Stadt gejagt wurden: Da fehlten 18 000 Plätze, vorher waren es 15 000 Plätze, dann waren es 12 000 Plätze.

(Michael Neumann SPD: Es ist der gleiche Bürgermeister!)

Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass zunächst einmal die Behörde, die dieses Thema jetzt neu übernommen hat, auch verantwortungsbewusst dazu kommt, in Ruhe eine Analyse der aktuellen Zahlen zu erstellen, die Berichte der Lenkungsgruppe mit einfließen zu lassen und dann aus diesen Zahlen heraus den richtigen Weg zu finden. Dass Krippenplätze nach wie vor eine sehr hohe Bedeutung haben, ist unumstritten. Nur, was ist denn passiert? Zwei Dinge wurden damals in der Vereinbarung versprochen: Erstens ab sofort eine Hotline und zweitens ab 1. August das so genannte Gehen in die flächendeckende Betreuungsfrage im Krippenbereich. Sie haben es ja gerade selber dargestellt. Natürlich muss man aber, wenn man eine Hotline schaltet, auch gewisse Vorgaben machen. Wenn die Zahlen dann nicht so sind, dann muss man sich fragen, wo „der Fehler“ liegt. Die Hotline wurde zügig eingerichtet, nämlich bereits sieben Tage nach der Vereinbarung, und zweitens wurde von der Behörde angekündigt, dass man diesen Bereich ab 1. August nach Analyse der vorgegebenen Zahlen flächendeckend abarbeiten wird. Ich glaube, dass Sie mit der Unterstellung, der Bürgermeister würde sein Versprechen nicht halten, nicht nur falsch liegen, sondern erneut den Versuch unternehmen, wieder eine gewisse Unsicherheit in die Bevölkerung zu tragen. Das halte ich gerade bei der großen Zielfunktion, die wir gemeinsam haben, für politisch nicht entsprechend. Das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten eher auch als Teil der Legislative, in diesem Fall der Exekutive, einen gewissen Raum und Zeit zubilligen, diese sehr, sehr komplexe Materie zu analysieren und dann die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Jetzt aber bereits drei Wochen später nach vorne zu gehen und zu kritisieren, halte ich für unangemessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Das eine ist ein guter Wille, die Hotline einzurichten, das andere ist eine Hotline, die nahezu null Erfolg hat. Ich möchte noch einmal klar herausstellen: Sieben von 241 Fällen können wir hier nicht

als Erfolg verkaufen. Es geht hier aber noch um weit mehr. Es geht nicht nur darum, ob es einen Bürgermeister gibt, der sein Versprechen nicht einhält, es geht hier um Eltern, um Kinder und letztendlich auch um Träger und die Einrichtungen dazu.

3002 Kinder hängen immer noch in der Warteschleife und warten auf einen Krippenplatz. Sie warten zum Teil schon seit dem letzten August. Diese Hinhaltetaktik kann natürlich auch Methode haben.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Klar!)

Wir brauchen eigentlich nur abzuwarten, dann überspringen diese Kinder vielleicht das Krippenalter und kommen gleich in den Elementarbereich. Das kann natürlich auch eine praktische Methode sein.

Aber die Hamburger haben zum Glück noch nicht die Familienplanung aufgegeben. Es kommen immer wieder neue Krippenkinder nach. Das ist gut so. Aber was tut der Senat für diese Krippenkinder, die in so unterschiedliche Chancen hineingeboren werden? Er verspricht ein Krippensofortprogramm für Härtefälle mit einem Erfolg, den ich als einen bezeichnen möchte, der gleich null geht. Sieben Plätze zu vermitteln, ist für mich ein Erfolg gleich null. Ich stelle hier fest, dass das Krippensofortprogramm für Härtefälle bislang ein Flop ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte Ihnen auch noch die Folgen für die Einrichtungen schildern. Es ist eigentlich ganz logisch, dass ohne Gutscheine keine neuen Krippenkinder nachkommen. Was passiert in den Krippen, in den Kitas? Wir haben unbesetzte Plätze. Das müssen Sie sich bitte einmal klar machen. Auf der einen Seite haben wir die Kitas, die händeringend Kinder suchen, um ihre Plätze zu füllen, und auf der anderen Seite haben wir Eltern, die unter Umständen über ein Jahr gewartet haben, um ihre Kinder hineinzubringen. Das erzählen Sie einmal Bürgern und Bürgerinnen. Das ist paradox und gesellschaftlich nicht zu verantworten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, das Ganze hat ja noch weitere Auswirkungen. Wir brauchen nur zu gucken, was jetzt passiert. Es kommt natürlich durch die unbesetzten Plätze in den Kitas zu einer Reduzierung der Personalstunden. Was geschieht jetzt schon? Es werden wertvolle Krippenplätze in Elementarplätze umgewandelt.

Wir wissen, dass das vom Senat auch so gewollt ist, denn dort wurde ganz offen gesagt, wir wollen, wenn überhaupt, eine Krippenbetreuung durch die Tagespflege. Diese Umsteuerung tragen wir nicht mit. Ich halte sie für kurzsichtig, weil wir, die mit dem Thema zu tun haben, wissen, dass viele Kitas auf die Mischfinanzierung zwischen Krippenplätzen und Elementarbereich angewiesen sind. Nehmen wir den Kitas die Krippen, dann haben wir nicht nur Krippen in Not, sondern in Zukunft auch noch Elementarplätze in Not. Außerdem nehmen wir den Eltern die Wahlmöglichkeit. Frau Hilgers hat das sehr schön angesprochen. Einerseits ist sie gesetzlich verankert, andererseits nehmen Sie den Eltern die Chancen, überhaupt Krippenplätze in den Kitas wahrzunehmen, weil es sie dann nicht mehr gibt.

Das ist die reale Situation, wie sie sich uns im Moment darstellt. Ich halte es für übertrieben und geradezu vermessen, hier von einem der modernsten Kinderbetreu-

C

D

A ungssysteme Deutschlands zu sprechen. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der GAL)

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, können nur eines tun – Herr Weinberg, wenn Sie sagen, Sie wollen das Beste, dann fangen Sie damit an –, sorgen Sie endlich dafür, dass die Eltern, die lange genug gewartet haben, einen Krippenplatz erhalten. Beherzigen Sie dabei die gesetzlich verankerte Wahlfreiheit der Eltern zwischen Tagespflege und Kita und stoppen Sie den Abbau der Krippenplätze, der durch Ihre Hintertür funktioniert. Nehmen Sie vor allem die Sorgen und Bedenken der Eltern und der Kitas ernst, wenn es um die Zukunft unserer Kinderbetreuung geht. Erst dann können wir glauben, dass Sie sich wirklich für die Krippen in Not und für die Krippenplätze einsetzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor genau drei Wochen hat die Bürgerschaft dieses Kinderbetreuungsgesetz verabschiedet und damit einen sehr bedeutenden Schritt hin zu einer zukunftsweisenden Kinderbetreuung in Hamburg eingeleitet. Dieses Gesetz tritt in sieben Monaten zum 1. Januar 2005 in Kraft und in den Gesprächen mit der Volksinitiative hatten sich die Partner geeinigt, auch ohne einen Rechtsanspruch in drei Monaten, nämlich ab August 2004, für Krippenkinder berufstätiger Eltern eine Betreuung sicherzustellen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Ab sofort!*)

Daran halten wir fest,

(Beifall bei der CDU)

denn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist und bleibt ein vorrangiges Ziel unserer Regierungspolitik. Ich sage es noch einmal: Ab August 2004 wird nicht nur jedes Kind von drei bis sechs Jahren und jedes Schulkind, sondern zusätzlich auch jedes Kind im Krippenalter einen Betreuungsplatz in Hamburg erhalten, wenn die Eltern berufstätig sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Versprechen, das wir gegeben haben, und das ist das Versprechen, das wir auch einhalten werden.

Doch natürlich verschließen wir nicht die Augen davor, dass es berufliche und familiäre Konstellationen geben kann, in denen die Zeit bis August zu lang ist, weil jetzt sofort ein Betreuungsplatz benötigt wird. Damit wir in dieser Situation weiterhelfen können, ganz praktisch, sehr schnell und sehr unbürokratisch, haben wir unsere Hotline eingerichtet. Sie richtet sich also an die besonderen Härtefälle, die natürlich auftauchen können, solche Fälle, bei denen jeder sagt – und wir kennen sie alle –, „das darf doch nicht wahr sein“. Für uns ist es wichtig, dass wir denen, die unsere Hilfe wirklich benötigen, diese Hilfe auch geben können. Fakt ist, unsere Hotline funktioniert sehr gut. Sie wird rege in Anspruch genommen,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Ohne Erfolg!*)

die Eltern werden anders als je zuvor wirklich beraten und es werden ihre Anfragen aufgenommen. Es gibt so wenig Bürokratie wie nie zuvor. Bislang wurden über 200 Anfragen bearbeitet und davon rund 50 an die bezirklichen Dienststellen zur Entscheidung weitergeleitet.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: In den Bezirken werden sie nicht beraten!*)

Die ersten sieben Bewilligungen – Sie haben es richtig gesagt – sind erteilt. Wir haben es gestern Abend zur Erleichterung vieler Haushälter auch von Ihrer Fraktion, Frau Blömeke, im Haushaltsausschuss gehört.

Meine Damen und Herren, diese Soforthilfe ist notwendig, sie ist gut. Wenn Sie das einmal ganz fair und sachlich betrachten, sollten Sie aufhören, sie klein zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie auch um etwas anderes: Hören Sie endlich damit auf, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, indem Sie suggerieren, dass es möglich wäre, jetzt und sofort Krippenplätze für jedes Hamburger Kind zwischen null und drei Jahren zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir benötigen die noch verbleibenden zweieinhalb Monate bis zum August und Sie wissen es alle ziemlich genau, dass selbst dies ein sehr, sehr ehrgeiziges Ziel ist. Ich bitte Sie, wir haben es soweit geschafft, lassen Sie uns nun nicht die nach langen Jahren endlich gefundene Einigkeit für die Kinderbetreuung in Hamburg wieder zerstören. Das sind wir den Familien, den Eltern, den Kindern in dieser Stadt schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen: Der Senat hat zugesagt, ab August 2004 für alle Krippenkinder berufstätiger Eltern Betreuungsmöglichkeiten verfügbar zu machen. Der Senat hat in kürzester Zeit für die dringendsten Fälle eine vorgezogene Regelung getroffen. Das ist mehr als manche der Öffentlichkeit einreden wollen. Es gibt keinen Anlass, an dieser Stelle eine Notlage herbeizureden. Wir werden mit Ruhe und Sachlichkeit weitermachen, wir werden Kurs halten und wir werden unser Versprechen einlösen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Schulz.

Rüdiger Schulz SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe zur Vorbereitung dieser Sitzung etwas getan, was mir nicht leicht gefallen ist und was auch keinen Spaß gemacht hat.

(*Wolfhard Ploog CDU: Endlich einmal gearbeitet!*)

Ich habe mir die Reden des Kollegen Weinberg der letzten zwei Jahre vorgeholt und noch einmal durchgelesen, was er an diesem Pult in den letzten zwei Jahren zur Verteidigung der Kita-Politik des letzten Senats erzählt hat.

Wie Sie sich vorstellen können, hat das keinen Spaß gebracht. Ich würde dem Kollegen Weinberg und übrigens auch den anderen Mitgliedern der CDU-Fraktion empfehlen, das einmal nachzulesen. Als wir und die Kollegen von der GAL in diesen zwei Jahren darauf hingewiesen haben, dass Sie mit Ihrer Politik der Umsetzung

C

D

A tausende von Eltern zur Verzweiflung bringen und dass Sie gleichzeitig Millionen an Steuergeldern versenken werden, da gab es bei dem Kollegen Weinberg stereotyp zwei Bemerkungen: Erstens handele es sich um reine Panikmache

(*Wolfhard Ploog CDU*: Richtig!)

und zweitens würden wir auf eine unanständige Art und Weise die Eltern verunsichern.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Genau!)

Das waren die beiden Standardargumente, die uns zwei Jahre lang entgegengehalten worden sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich stelle erstens fest, der Kollege Weinberg hat sich mindestens zwei Jahre komplett geirrt. Zweitens hat er – ich vermute, wider besseres Wissen, denn er ist ein intelligenter Mensch – diese Position hier vertreten. Drittens stelle ich fest, er argumentiert heute genauso. Das fängt an, mich zu ärgern.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das Leben geht weiter!)

– Ja, aber es ist auch für Abgeordnete der CDU nicht verboten, dazuzulernen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Senatorin sprach davon, wir würden den Konsens aufkündigen. Frau Senatorin, nichts ist falscher als dieser Eindruck. Wir wollen von Ihnen, dass Sie diesen Konsens einhalten und dass Sie beginnen, ihn umzusetzen.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer sich hier hinstellt und sagt, wenn wir nach drei Wochen sage und schreibe sieben Eltern geholfen haben, dann sind wir auf dem richtigen Weg, der hat eine andere Vorstellung von dem, was Hilfe für Eltern in dieser Stadt bedeutet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn ich – gemessen an der Situation, an der Zahl der Eltern, um die es hier geht – das einmal hochrechne, Frau Senatorin, dann haben Sie das Problem gelöst, wenn diese Kinder, um die es geht, Abitur machen. Das ist zu spät.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das Verfahren, das Sie gewählt haben, als schnell und unbürokratisch zu bezeichnen, ist geradezu grotesk. Dann lassen Sie sich von Herrn Krüger, der etwas davon versteht, erklären, wie dieses schnelle und unbürokratische Verfahren, das Sie angeblich vorgeschlagen haben, in der Praxis funktioniert.

Letzter Punkt. Wie Sie auf die Idee kommen, dass die Nachricht im Haushaltsausschuss, Sie hätten inzwischen für sieben Eltern Hilfe geschaffen, bei den Haushaltspolitikern der GAL und der SPD auf Zufriedenheit gestoßen wäre, Frau Senatorin, da irren Sie sich völlig.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Auf Heiterkeit!)

Unsere Kollegen waren entsetzt, und zwar zu Recht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Willfried Maier GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Maier bekommt das Wort. C

Dr. Willfried Maier GAL: Nur ein Wort zur Reaktion im Haushaltsausschuss. Es war die Heiterkeit, die man empfindet, wenn eine Blase platzt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir kommen zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der GAL-Fraktion:

Maulkorberlass für Hamburgs Lehrerinnen – Zensur statt politischer Debatte?

Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Frage, die ich mir gestellt habe, die wir uns als GAL-Fraktion stellen, lautet: Wovor hat die Behörde eigentlich Angst?

Man kann sich bei diesem Maulkorberlass fragen: Hat Sie Angst vor mündigen Schulleitern, vor aktiven Lehrerinnen, Angst vor der Auseinandersetzung in der politischen Debatte, hat sie Angst überhaupt vor Beteiligung an politischen Prozessen oder auch an Entscheidungen, bei denen es sich letztendlich um die Schüler dreht, hat sie Angst vor autonomer Schule oder vielleicht Angst sogar vor Demokratie? Diese Reihe ließe sich weiter fortsetzen, was nicht heißt, dass die Behörde natürlich Pressearbeit koordinieren muss. Es kann natürlich nicht sein, dass im Amt sozusagen jeder seine Interviews freihändig gibt. Darum geht es auch gar nicht. So geht es auch nicht in Wirtschaftsbetrieben. Aber eine Schule ist nun einmal eine andere Betriebseinheit, in der gearbeitet, gelebt und sicherlich gestritten wird, aber keine Produkte hergestellt werden. Dort werden Kinder, Menschen ins Leben begleitet. Dafür gelten natürlich auch Regeln. Aber wenn wir eine autonome Schule fordern, eine pädagogisch und wirtschaftlich autonome Schule oder mehr Autonomie zumindest, dann muss es möglich sein, dass Schulen selbstständig mit Eltern, mit Menschen im Stadtteil und mit der Presse reden können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie, Frau Senatorin, dabei eine gewisse loyale Haltung der Lehrerinnen und Schulleitungen fordern, dann ist das sicherlich richtig, aber Loyalität setzt Mündigkeit voraus, Loyalität darf nicht mit Gehorsam verwechselt werden. Deshalb steht auch in der Dienstanweisung für Lehrerinnen und Lehrer, im Schulrecht, bisher geschrieben – Zitat –:

„Auskünfte an Presse ... erteilt die Schulleitung oder die von ihr ermächtigte Lehrerin.... Ausgenommen sind Auskünfte, die die Belange anderer Schulen berühren oder die Angelegenheiten betreffen, die bei der BSJB“

– der damalige Name –

„anhängig ... sind.“

In der Praxis gibt es einen lebendigen Umgang mit Auskünften – man könnte das auch Glasnost nennen – und der Umgang war sicherlich nicht nur lebendig, sondern in den meisten Fällen auch verantwortungsbewusst. Zeigen Sie mir die Schulleiterin oder den Schulleiter, der gerne von sich aus an die Presse geht. Der regelt das lieber mit

A der Behörde, bevor er an die Öffentlichkeit geht. Insofern ist es eine äußerst unsouveräne Aktion, ein Redeverbot zu erteilen. Das vollmundig verkündete Versprechen, Vertrauen schaffen zu wollen, ist so zu einem Säen von Misstrauen geworden. So sieht unseres Erachtens kein Dialog aus.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das Disziplinieren von Schulen und Lehrerinnen ist meistens nach hinten losgegangen. Entweder gründen sich dann Schulleiterverbände, die reden dürfen, oder die Elternräte holen sich die Meinungsfreiheit wieder und das ist auch ihr gutes Recht. Wer die Schotten dicht macht, weil ihm die Berichterstattung nicht gefällt, dem wird die öffentliche Meinung umso heftiger um die Ohren fliegen. Ich kann an dieser Stelle nur ausdrücklich die Meinung des Vorsitzenden der Landespresso-Konferenz, Herrn Heuer, unterstützen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Der Maulkorberlass ist auch angesichts der Baustellen in der Schullandschaft wirklich das ungeeignetste Mittel, um von den Schwachstellen abzulenken, ob das nun Schulschließungen, keine Ganztagschulen, größere Klassen oder auch der Baustopp an den Schulen sind. Wer gestern im Haushaltsausschuss war, hat nicht nur Heiterkeit, sondern wirklich Dramen erleben müssen und kein Wunder, wenn die Behörde dann den Mantel des Schweigens darüber legen möchte. Viele Schulen sind monatelang hingehalten worden und wenn die nicht Alarm geschlagen hätten, wäre dieser unglaubliche Fusch im Bauhaushalt gar nicht bekannt geworden.

B Ich möchte aber an dieser Stelle noch einen anderen Widerspruch von der Senatorin aufgeklärt bekommen. Warum darf sich eine Lehrerin tagelang, seitenlang über Hauptschüler und deren Eltern in der Öffentlichkeit auslassen – andere würden sagen, sich auskotzen –,

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Ihre Versäumnisse aufdecken, Frau Goetsch!*)

und das wird noch aktiv vom Pressesprecher unterstützt? Warum ist das möglich, wenn anderen Lehrerinnen der Mund verboten wird?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dürfen sich etwa nur diejenigen auslassen, die Ihre CDU-Schulpolitik unterstützen? Warum, Frau Senatorin, messen Sie und Ihre Behörde da mit zweierlei Maß? Ich glaube, da ist eine grundsätzliche Haltung zu kritisieren, nämlich der Politikstil des Senats, und das ist ein grundlegendes Übel, das wir als Grüne schon die ganze Zeit kritisieren. Stichwort Beteiligung: Einerseits sollen Jugendliche zur Selbstständigkeit erzogen werden oder sich entwickeln können – wir wollen alle politisch denkende Bürger, die sich für das Gemeinwesen engagieren –, aber wenn es ernst wird, gängelt die Behörde, Beteiligung wird nicht gelebt und auch nicht vorgelebt. Demokratie lebt doch von kritisch konstruktivem Hinterfragen, Transparenz der Entscheidungen, von der Debatte und nicht vom Totschweigen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Goetsch, Sie sehen das rote Licht.

C **Christa Goetsch** (fortfahrend): Ich komme zu meinem letzten Satz.

Wir wollen als Grüne keine Rede- und Denkverbote, keine preußische Behördenmentalität und fordern deshalb die Senatorin auf, diese Verfügung sofort zurückzunehmen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich dem Abgeordneten Heinemann das Wort erteile, möchte ich Frau Goetsch zumindest darauf hinweisen, dass wir zwar als Präsidium beschlossen haben, uns einmal anzugecken, in welche Richtung es hier im Plenum geht. Aber das Wort „auskotzen“ ist bedenklich.

(*Michael Fuchs CDU: Das finde ich auch! – Frank-Thorsten Schira CDU: Hat Sie das gesagt?*)

Der Abgeordnete Heinemann bekommt das Wort.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

„Heftige Kritik am Maulkorberlass, Schulleiter und Gewerkschaftsvertreter wehren sich gegen Bevormundung.“

Das war keine Überschrift in der letzten Woche, sondern eine vom 19. August 2003. Sie stand in der „Welt“, allerdings in der Berliner Ausgabe. Der dortige Bildungssenator hatte seinen Schulleitern geschrieben, subjektive politische Standpunkte dürften nicht Gegenstand von Erörterungen mit Medienvertretern sein. Nun gehört er zwar der SPD an, aber deshalb muss er ja nicht gleich Unrecht haben.

In Nordrhein-Westfalen untersagte der Innenminister – ich glaube, er ist auch in der SPD – am 8. Juli letzten Jahres sogar die Nutzung dienstlicher E-Mail-Konten für den Kontakt mit Abgeordneten.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Obwohl in der gleichen Partei wie sein Genosse Böger in Berlin ist Herr Dr. Behrens hier sicherlich über das Ziel hinausgeschossen.

Die beiden Beispiele zeigen vielleicht, wie schwer es ist, vernünftige Regelungen zu finden, die zum einen die notwendige Loyalität der Beamten einfordern und die zum anderen Spielraum für die ebenso notwendigen Diskussionen lassen. Wir haben in den letzten Wochen wieder zahlreiche Beiträge von Schulleitern und Lehrern in den Medien lesen können – viele davon fundiert, professionell und abgewogen. Wir haben aber auch Beiträge gelesen, gegen die andere Lehrer und Schulleiter erhebliche Bedenken erhoben haben. Selbst Frau Boeddinghaus hat gestern in den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ ein Ende der Diskussion über die Hauptschuleltern gefordert, während Herr Neumann in der „Welt“ gegen den so genannten Maulkorberlass wettert.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Äpfel und Birnen! – Gegenruf von Bernd Reinert CDU: Das ist beides Obst!*)

Ich verstehe diese Logik nicht, aber ich bin ja auch nicht in der SPD.

(Beifall bei der CDU)

A Wenden wir uns doch einmal den Fakten zu. Manchmal wird schlicht unterschätzt, wie ein Thema in den Medien wirkt, wie schnell man auch missverstanden oder missinterpretiert werden kann. Jedes größere Unternehmen hat daher eine Pressestelle, die jeden Tag professionell mit den Medien zu tun hat und ihre Mitarbeiter auch im Umgang mit den Medien berät. Selbst die großen Hamburger Zeitungsverlage haben eine solche Stelle, obwohl ihre Mitarbeiter im Umgang mit den Medien bestens geübt sein sollten. Aber auch die Verlage wollen natürlich Entscheidungen erst einmal intern diskutieren und dann mit einer einheitlichen Aussage an die Öffentlichkeit gehen. Denn wenn in einer Organisation jeder völlig unkoordiniert seine Meinung zu unterschiedlichsten Themen äußert, dann entsteht in der Öffentlichkeit keine fruchtbare Diskussion, sondern der Eindruck eines unproduktiven Aufeinanderhackens. Herr Neumann, ich glaube, Sie kennen das ganz gut.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt natürlich für Behörden genau so und deshalb hat schon Frau Raab 1990 in der Dienstanweisung das festgelegt, was Frau Goetsch eben zitiert hat. Ich ergänze noch einen Absatz, den Sie weggelassen haben:

„In solchen Fällen bedarf es – insbesondere wenn schulpolitische Fragen tangiert sind – der besonderen Ermächtigung“

– das ist schon damals ein sehr unsensibles Wort gewesen –

„der Schulleitung oder der Lehrerin bzw. des Lehrers durch die BSJB.“

B Nach dieser seit 14 Jahren geltenden Regelung hätten ganz offensichtlich viele der Aussagen, die wir in den letzten Wochen gelesen haben, nicht ohne Zustimmung der Behörde veröffentlicht werden dürfen. Es gibt also gar keinen neuen Maulkorberlass, sondern eine SPD-Richtlinie, die nicht eingehalten wurde.

(Beifall bei der CDU)

Man hätte den öffentlichen Aufschrei, über den wir heute diskutieren, sicherlich vermeiden können, wenn man einfach auf diesen Erlass noch einmal hingewiesen hätte. Das hat die Behörde aus zwei Gründen nicht getan. Zum einen ist die Dienstanweisung von 1990, wie wir nun alle gesehen haben, immer sehr frei interpretiert worden

(Christian Maaß GAL: Hat sie nicht gekannt!)

und zum anderen ist es auch bei lokalen Themen sinnvoll, dass die Pressestelle informiert wird. Sie kann dann den Schulleiter im Umgang mit den Medien beraten, sie ist bei Nachfragen der Presse gleich im Thema und sie kann – das erleben wir immer wieder – bei konkreten Problemen der einzelnen Schule auch im Hause gleich nachhaken, wo ein Thema eventuell auf dem Dienstweg versandet ist.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Heinemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Robert Heinemann (fortfahrend): Nein, im Moment nicht.

Die Verfügung vom 28. April ist folglich nicht mehr als eine Ergänzung der Dienstanweisung von 1990. Ich freue mich daher auf weitere Diskussionen nicht nur mit Eltern

und Schülern, sondern auch mit Lehrern und Schulleitern. Die von uns geplante Vorgehensweise bei der Schulentwicklungsplanung zeigt, dass wir die Betroffenen so frühzeitig wie noch nie einbinden wollen, um das Know-how vor Ort zu nutzen, und ich bin sicher, dass auch die Medien dabei wieder mehr Stoff bekommen werden, als sie täglich abdrucken können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten hier einmal einen Bildungssenator, der ließ kein Fettnäpfchen aus, um breit hineinzutreten. Das war Rudolf Lange. Ole von Beust hat ihn murksen lassen, um die FDP loszuwerden und dann die Wahl selbst zu gewinnen.

(**Klaus-Peter Hesse** CDU: Sie haben es richtig verstanden, jetzt ist alles klar!)

Wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker haben zusammen mit den Betroffenen, also den Schülern, Eltern und Lehrern, gehofft, dass mit Frau Dinges-Dierig jetzt andere Zeiten kämen, dass es nun besser würde, weil ja jetzt jemand käme, der auch noch fachkompetent sei.

(**Frank-Thorsten Schira** CDU: Das haben Sie nicht ernsthaft gehofft!)

– Doch.

Der Brief der Senatorin an alle Lehrerinnen und Lehrer zu Beginn ihrer Amtszeit mit der Ankündigung eines vertraulichen Dialogs ließ auch darauf hoffen. Doch seit zwei, drei Wochen ist das alles völlig vorbei. Stichworte: Der Zickzackkurs im Streit um die Zukunft der Berufsschulen, die Ankündigung größerer Klassen, gute Schüler dürfen einfach mal so nach Hause geschickt werden, die kurzfristige Ankündigung von Schulschließungen ohne entsprechend nachvollziehbare Argumente, eine unausgegrenzte Diskussion um Dorfschulen in der Großstadt und jetzt das erneute Zahlenchaos in der BBS mit der Folge eines Baustopps bei 17 Schulen. Man fühlt sich natürlich irgendwie schon daran erinnert – darauf werde ich gleich noch kommen –, ist das denn nicht alles vorbei gewesen?

Und dann kommt die Krone des Ganzen, worüber wir heute diskutieren. Sie meinen, dieser so genannte Maulkorberlass sei das Gleiche, was es vorher schon gegeben habe. Das ist es eben nicht, es ist die kleinkarierte Auslegung dessen, was damals großzügig erlaubt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Hier sollen vor allem die Schulleiter zum Verstummen gebracht werden und dieser Erlass ist ein Zeichen des Misstrauens genau gegenüber den Pädagogen vor Ort, die mit den vielfältigen Problemen des Schulalltags fertig werden müssen und dabei gleichzeitig auch noch qualitätsvollen Unterricht leisten sollen. Wer Misstrauen ausdrückt, der hat Angst. Sie, Frau Senatorin, haben offensichtlich Angst vor eigenen Fehlern, Sie haben aber vor allen Dingen Angst vor einer öffentlichen Diskussion über die Missstände und die Zukunft des Hamburger Bildungswesens. Nur eine eigenständige selbstbewusste Bildungsdebatte kann die Befreiung bringen, auf die man in der Bildungsszene seit dem Chaos-Regime von Rudi Lange wartet.

C

D

A (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Heinemann, nur indem man das zulässt und weiterhin offensiv ermöglicht, kann eine notwendige Diskussion über die beste Bildung und damit über die Zukunft unserer Kinder erfolgreich sein. Man muss sich doch einmal, Herr Heinemann, vor Augen führen, dass seit Wochen eine Debatte in der Stadt geführt wird, in der die Eltern der Schwächsten des dreigliedrigen Schulsystems, der Hauptschüler, die Sie ja so großartig stärken wollen, zusammen mit den Lehrerinnen und Lehrern, die sie unterrichten, in aller Öffentlichkeit als Versager, als Rabeneltern beziehungsweise bei den Lehrern als Weicheier verunglimpft werden. Die Eltern können sich naturgemäß nicht wehren und die Lehrer bekommen einen Maulkorb umgehängen.

(*Robert Heinemann CDU: Das ist doch Unsinn!*)

Das kann doch alles nicht wahr sein. Dann fragt man sich, wo denn die Schutzmutter – in Anführungszeichen – ist, die sich als Unternehmensleiterin vor ihre Untergebenen stellen sollte. Gar nichts findet statt, diese Verunglimpfung darf einfach ungestoppt weitergeführt werden. Das kann doch so nicht weitergehen in dieser Stadt, da ist man doch völlig von den Socken.

(Beifall bei der SPD)

Frau Senatorin, wir fordern Sie auf, doch einmal Vertrauen in Ihre, beamtenrechtlich gesehen, Untergebenen zu haben. Die wissen nämlich ziemlich genau, wo es Probleme gibt und was in der Bildungspolitik angepackt werden sollte. Aber eines werden wir Sozialdemokraten auch deutlich machen. Wer war es denn, der diese Senatorin persönlich ausgesucht hat, weil er keine Jasager und Abnicker um sich haben wollte? Der Bürgermeister persönlich war es.

(Beifall bei der CDU und Oh-Rufe!)

Also ist er auch dafür verantwortlich, wenn solche Fehler gemacht werden und Herr Heuer Ihnen zum Beispiel dieses Zitat um die Ohren werfen muss. In dem Sinne, nur weiter so, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Es gibt doch noch eine, Herr Dr. Maier. Es wäre ganz hilfreich, wenn man sich rechtzeitig melden würde. Ich habe die Wortmeldung dort nicht gesehen.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Ich wollte der Senatorin die Chance lassen!*)

Dann hat sie sich jetzt gemeldet. Frau Senatorin Dinges-Dierig bekommt das Wort.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Goetsch, Ihr Temperament hat offenbar die eine oder andere Debatte hier im Hause schon manchmal kräftig gewürzt, so habe ich es mir sagen lassen. Dieses Thema müssen wir jedoch vielleicht etwas anders angehen, denn gerade dieses Thema steht in einem – ich sage es jetzt einmal mit meinen Worten – vermeintlichen Spannungsfeld zwischen Loyalität und Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der CDU)

C Deshalb sollten wir uns zunächst einmal an die Fakten erinnern; sie wurden hier schon mehrfach genannt. Die Dienstanweisung für Lehrerinnen und Lehrer und anderes pädagogisches Personal von 1985, also zu Zeiten von Schulsekretär Grolle von der SPD, überarbeitet 1990, regelt, dass die Schulleitungen in eigener Sache mit der Öffentlichkeit kommunizieren können und auch sollen. In schulpolitischen Fragen oder bei schulübergreifenden Themen müssen die Schulleiter – auch dieses Wort kam bereits – eine Ermächtigung zu öffentlichen Äußerungen von der Behörde einholen, so wörtlich. In unserem heutigen Sprachgebrauch ist das ein etwas ungewöhnlicher Begriff. Diese Regelung besteht also seit fast 20 Jahren, auch unter den Senatorinnen Raab und Pape von der SPD und auch, als Ihre Partei, Frau Goetsch, die GAL, im Senat war, wurde diese nicht geändert.

Darüber hinaus gibt es als Grundlage noch eine Reihe beamten- und arbeitsrechtlicher Regelungen zum Thema Verschwiegenheitspflicht. Ich habe zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Gelegenheit genommen, diese Richtlinie in Richtung Presseanfragen etwas zu präzisieren. Das bedeutet, dass alle öffentlichkeitswirksamen dienstlichen Antworten von BBS-Mitarbeitern auf Presseanfragen vor ihrer Beantwortung mit der Pressestelle des Hauses abzustimmen sind. Damit wird in meinen Augen als Nebenprodukt der Kommunikationsfluss nicht nur von der Behörde an die Schulbasis ...

(*Glocke*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Bitte.

Zwischenfrage von Thomas Böwer SPD: Danke. Frau Senatorin, Sie sprechen gerade die Pressestelle an. Wie bewerten Sie denn das Behördenpapier bezüglich der Steuerungsgruppe, dass Ihr Pressesprecher nachweislich der Ausführungen von Beamten die Öffentlichkeit in den letzten zweieinhalb Jahren öffentlich bewusst irregeführt hat?

(*Frank-Thorsten Schira CDU: Bitte? – Bernd Reinert CDU: Habe ich auch nicht verstanden!*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat Frau Senatorin Dinges-Dierig, sie braucht keine Souffleuse.

(*Bernd Reinert CDU: Das ist auch gut so!*)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Ich fahre an der Stelle fort, weil ich auch indirekt darauf eingehen, was Sie gerade gefragt haben.

Ich war dabei, die Anweisung von 1985, überarbeitet 1990, mit den darüber hinaus begleitenden arbeitsrechtlichen und beamtenrechtlichen Bestimmungen und der Bedeutung des Kommunikationsflusses sowohl von der Schule in die Behörde als auch umgekehrt als Fakten aufzuzählen. Was am 28. April betont wurde, nimmt Schulleitern nicht das 1985 definierte Recht auf eigene Kommunikation in eigener Sache und aus eigenem Antrieb unter Beachtung des Grundsatzes der Loyalität. Es präzisiert nur den Teil der alten Dienstanweisung aus SPD-Regierungszeiten, der von Ermächtigung redet. Die

A verantwortlichen Personen in Bezug auf die Beantwortung öffentlichkeitswirksamer Anfragen sind der Presse- sprecher oder die Behördenleitung in schulpolitischen Fragen und das ist alles. Das hat nichts mit einem grund- sätzlichen Maulkorb zu tun, aber viel mit der Mindestform an Loyalität eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin, unabhängig davon, ob es sich um Beamte, Angestellte oder Arbeiter handelt.

(Beifall bei der CDU – *Michael Fuchs CDU: Sehr richtig!*)

Genau diese Loyalität fordere ich ein. Vielleicht lassen Sie mich an dieser Stelle am Rande noch eines anmerken. In den letzten Tagen haben mich unglaublich viele Menschen in Hamburg angesprochen, teilweise auf offener Straße, oder mir geschrieben. Sie haben meine Klar- stellung der öffentlichkeitswirksamen Umgangsformen im Bereich Schule als längst überfällig gefunden.

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege Heinemann hat gerade von anderen Beispie- len berichtet, in denen SPD-Landesminister meines Er- achtens bei diesem Thema über das Ziel hinausschießen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen, das illustriert, wie Ihre rotgrünen Freunde in Berlin mit der Meinungsfreiheit der Mitarbeiter umgehen. Laut Geschäftsordnung etwa des Bundesbauministeriums dürfen neben dem Minister nur die Parlamentarische Staatssekretärin und die Presse- sprecher mit der Öffentlichkeit kommunizieren und nie- mand sonst.

(*Bernd Reinert CDU: Sind das nicht auch schon zu viele?*)

B Soweit wollen und werden wir nicht gehen, weil, wie seit bald 20 Jahren üblich, die Schulleiter als Kopf ihrer Schule in den eigenen Belangen ihrer Schule und aus eigenem Antrieb natürlich kommunizieren sollen; das ist ge- rade ein Ausdruck von Eigenverantwortung von Schule.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens haben die Schulleiter auch selbst den An- spruch, dass sich die Mitarbeiter ihrer Schule nicht ohne Absprache mit ihnen über ihre Schule in den Medien äußern. Das ist für Schulleiter ein völlig normaler Vor- gang.

Die Grundregel, die in jedem großen Unternehmen, in jeder Großorganisation dieser Welt gilt, dass nämlich die Fragen, die das Ganze betreffen, die Leitung oder die Pressesprecher beantworten, wird in Hamburg für den Bereich der Bildungsbehörde wieder zur Geltung ge- bracht genauso wie die Grundregel, die ich bereits mehr- fach betont habe. Lassen Sie uns den direkten, auch den kritisch konstruktiven Dialog fördern, auch wenn das angesichts der Zahl der am Bildungsgeschehen beteilig- ten Personen ein nicht einfacher Weg ist.

Herr Buss, noch ein Wort zu Ihnen. Ich will ja gerade die direkte Diskussion und Kommunikation und dann hilft es nicht, wenn diese über Dritte, nämlich über Medien, statt- finden.

Was nach diesem Sturm im Wasserglas bleibt, ist doch letztlich nur eines: das In-Erinnerung-Rufen von völlig normalen bürgerlichen Umgangsformen im dienstlichen Miteinander. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Maier das Wort erteile, möchte ich zumindest darauf hinweisen, dass der Senat natürlich immer reden darf, wenn er möchte und auch vermutlich in der Aktuellen Stunde so lange. Aber das waren fast acht Minuten. Das haben wir diesmal nicht abgeklingelt, aber wir haben eine Übereinkunft in diesem Hause, dass man zumindest gleiches Recht hat.

Der Abgeordnete Dr. Maier bekommt das Wort.

(*Bernd Reinert CDU: Das war die Hälfte der Re- dezeit, die Frau Pape und Frau Raab immer in Anspruch genommen haben! – Wolfgang Beuß CDU: Das lag nur an der Frage von Herrn Böwer!*)

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Ihre Interpretation der neuen Richtlinie war bemerkenswert, weil Sie sie im Grunde in ihrem entscheidenden Teil, wenn ich das richtig verstan- den habe, korrigiert haben. Die alte Richtlinie lautete, es gibt schulpolitische Fragen, zu denen man sich nicht einfach spontan äußern kann, es gibt aber auch Fragen, die die einzelne Schule betreffen. Dazu darf sich jeder Schulleiter äußern, das steht sogar im Gesetz. Jetzt sa- gen Sie, das solle auch so bleiben. Sie haben aber in Ihrer Richtlinie etwas anderes geschrieben. Sie haben geschrieben, jede öffentlichkeitswirksame Äußerung müsse angemeldet sein. Das ist eine viel unklarere Aus- sage, das kann beides umfassen. Nehmen Sie doch den Fall, dass an einer Schule irgendein Vorgang passiert, der die Presse sofort interessiert. Der ist sicher öffentlich- keitswirksam. Nach der neuen Richtlinie müsste sich der Schulleiter jetzt erst einmal an die Pressestelle wenden. Nach der alten Richtlinie ist der Schulleiter oder die Schulleiterin öffentlich vertretungsberechtigt. Sie haben die Richtlinie verschärft

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und nehmen es jetzt in der Interpretation zurück. Sie berufen sich bei Ihrer Verschärfung auf die Grundregeln jeder großen Organisation. Da erkennen Sie den Charakter Ihrer Behörde und der ihr angeschlossenen Schu- len.

Eines ist mir auch klar: Ich hätte in meiner Behörde auch nicht zugelassen, dass jeder Mitarbeiter beliebig mit der Presse kommuniziert. Solange eine Behörde linienmäßig organisiert ist, liegt das auf der Hand, aber wenn sie selbstständige Einheiten haben, die, wie ausdrücklich von der Behördenleitung konzidiert, Autonomie in gewissem Umfang genießen sollen und müssen, haben sie doch eine völlig andere Struktur als die klassische Behörden- struktur. Wenn der Innenminister von Nordrhein- Westfalen das sagt, so ist das eine zusammenhängende Behörde und doch etwas anderes, als wenn Sie versu- chen, den Schulleitern solche Regelungen vorzugeben; Sie haben angezogen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Um das aufzugreifen, was als Zwischenfrage kam, warum wir besonders misstrauisch sind: Der Leiter Ihrer Presse- abteilung, Herr Luckow, war in der letzten Legislaturperi- ode mitverantwortlich für ausgesprochene Desinformati- onskampagnen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

A Wir hatten das gestern im Haushaltsausschuss, wo Sie uns über das 50-Millionen-Loch vortrugen. Dieses 50-Millionen-Loch war uns ein halbes oder ein Jahr vorher von der Pressestelle und vom zuständigen Senator als Sonderprogramm Investitionen im Schulbau vorgestellt worden.

(Lachen bei der GAL und der SPD)

Und über diesen selben Desinformator – Frau Präsidentin, gibt es dafür einen populäreren Ausdruck? – soll jetzt sozusagen die Zensur der Schulleiter laufen; das macht einfach misstrauisch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie sollten sich das noch einmal sehr überlegen. Kein Mensch muss Gesichtsverluste erleiden, aber so etwas kann man überarbeiten und dann die alte Regelung wieder gelten lassen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Abgeordnete Ernst bekommt das Wort.

Britta Ernst SPD: Frau Senatorin, das ist doch wirklich ein seltsamer Start, den Sie in diesem Parlament hinlegen. Es ist Ihre erste Rede zur Schulpolitik und Sie widmen sich tatsächlich der Einschränkung öffentlicher Äußerungen von Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitern in Hamburg.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU:*
Das Thema haben Sie doch hier angemeldet!)

B Statt die Gelegenheit zu nutzen, Ihr Dialogangebot zu erneuern und zu bekräftigen, haben Sie das genaue Gegenteil gemacht und erneut Ihr Misstrauen gegenüber Hamburgs Schulen bekräftigt. Sie haben in alten Verordnungen gekramt.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Hamburgs Schulen haben das nicht verdient und dieser Beitrag wird seine Wirkung an Hamburgs Schulen entfalten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Maier hat bereits darauf hingewiesen, dass es hier nicht um eine Kontinuität eines alten Erlasses geht. Ich möchte noch einmal auf einen anderen Aspekt hinweisen. Wir haben uns alle gefragt, warum dieses Schreiben überhaupt kommt, warum es diese Verfügung gibt. Die Verfügung selbst gibt darauf keine Antwort, aber es steht zweimal drin „aus gegebenem Anlass weise ich darauf hin“, zweimal in so einem kurzen Text. Deshalb haben wir uns alle gefragt, was denn eigentlich passiert ist. Natürlich war am Augenfälligsten die große Berichterstattung in einer Zeitung, wo eine Lehrerin die Situation an den Hauptschulen sehr drastisch geschildert hat und wo sie ehrlicherweise sehr energisch am Offenbarungseid dieser Schulform mitgearbeitet hat. Gleichzeitig hat diese Lehrerin erheblich dazu beigetragen, dem Ansehen von Hauptschülern, ihren Chancen und im Übrigen auch ihrer Würde zu schaden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Da haben wir schon gesagt, eigentlich wünschen wir uns dort ein Eingreifen. Aber muss man dann so eine Verfü-

gung herausgeben, ist da nicht eigentlich das direkte Gespräch der richtige Weg? Dieses Beispiel zeigt, dass so eine Debatte öffentlich und auch kontrovers geführt werden muss, aber eine Verschärfung von Verboten im Schulwesen nicht der richtige Weg sein kann.

Eine zweite Vermutung kursierte darüber, was eigentlich der gegebene Anlass dieser Verfügung war. Herr Böwer hat versucht, mit seiner Zwischenfrage darauf abzustellen.

(*Marcus Weinberg CDU: Versucht!*)

Es stand drin, man wolle sichergehen, dass die richtigen Fakten über Schulpolitik die Öffentlichkeit erreichen. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren in der Tat den Eindruck gehabt, dass die Pressestelle der Schulbehörde vielleicht am Ruf der Schulbehörde interessiert ist, aber nicht an der Verbreitung von Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist dieser Pressesprecher, der mit zum Kita-Chaos beigetragen hat, weil er auf dem Höhepunkt des Kita-Chaos öffentlich erklärt hat, alle berufstätigen Eltern bekämen in Hamburg eine Kinderversorgung. War das der gegebene Anlass? Wir sind uns nicht sicher. Und dann drängt sich natürlich die dritte, die politischste Erklärung auf, die vor allen Dingen auch von den Lehrergewerkschaften formuliert wurde: Zensur, der Maulkorberlass soll verhindern, dass kritisch über Schulpolitik geredet wird. Anlässe gibt es genug. Es drohen weitere Einsparungen, auch die Einschränkung der Lehr- und Lernmittelfreiheit droht. Die Klassenfrequenzen sollen gesteigert werden und der Schulneubau wird auf Eis gelegt.

C

D

Aber auch das wundert ein bisschen, weil alle, die in Hamburg mit Schulpolitik zu tun haben, eines wissen: Ein Maulkorberlass wird niemals dazu führen, dass in Hamburg nicht kritisch über Schulpolitik geredet wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dass über Schulpolitik kritisch diskutiert wird, ist in Hamburg ein ungeschriebenes Gesetz und steht über jeder Behördenverfügung. Das kann eigentlich auch nicht der gegebene Anlass sein. Jetzt ist der Maulkorberlass in der Welt und ich denke, er ist der gegebene Anlass für Schulen, sich darüber Sorgen zu machen, ob jetzt mehr obrigkeitstaatliche Vorstellungen statt Eigenständigkeit die Schulpolitik prägen. Er ist der gegebene Anlass, darüber verärgert zu sein, dass man Ihnen so wenig zutraut, an der Lösung der dringenden Fragen mitzuwirken.

Frau Senatorin, der Maulkorberlass ist auch ein Anlass, diese Verfügung rechtlich zu überprüfen, denn sie verstößt gegen das hamburgische Schulgesetz, das die Schulleitungen dazu ermächtigt, die Schule nach außen zu vertreten.

Frau Senatorin, Sie haben die Debatte heute leider nicht zum Anlass genommen, diese Verfügung in den ersten 100 Tagen zurückzunehmen. Es wäre Ihnen nachgesessen worden. Ich glaube, dass Sie heute einen großen Fehler gemacht haben, der sehr zu bedauern ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Freistedt.

A **Marino Freistedt** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben soeben von meiner Vorrednerin gehört, dass sie trotz der klaren und überzeugenden Stellungnahme der Senatorin die Verordnung praktisch als Verstoß gegen die Meinungsfreiheit charakterisiert hat. Es ist schon erstaunlich, wie Sie einen dienstrechtlich nicht zu beanstandenden Vorgang hier bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fehlinterpretation weisen wir als CDU entschieden zurück. Nichts, aber auch gar nichts stützt die vorgebrachte These, dass seitens der Leitung der Behörde unzulässiger Druck auf Lehrerinnen und Lehrer sowie auf Bedienstete der Behörde ausgeübt werden sollte. Es geht in der Sache darum, dass allgemeine schulpolitische Themen nicht von jedem zu jeder Zeit ohne Absprache in die Öffentlichkeit gelangen. Auch Sie haben – und jetzt komme ich zu Ihrer Partei – sicherlich in Ihrer Partei Regelungen darüber getroffen, wer wann und zu welchem Thema Presseerklärungen abgeben darf

(Lachen bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Schön wäre es!)

und wer dann über die angeforderten Stellungnahmen entscheidet. Ihr Lachen zeigt, dass Sie es bis heute nicht begriffen haben, wie man das macht.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, die Meinungsfreiheit, ein hohes Gut, ist nicht eingeschränkt und die Äußerungen zu einzelnen, die eigene Schule betreffenden Fragen können Sie jederzeit auch weiterhin in der Presse lesen. Das Spiel der Opposition ist klar. Sie wollen die Regierung in die Defensive drängen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das haben wir bisher nicht zugelassen und werden es als CDU auch künftig nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der Blick in die Vergangenheit muss doch auch Ihnen zeigen, dass Sie – und es ist eben erörtert worden – während Ihrer Regierungszeit deutlich darauf bedacht waren, Loyalität von den Mitarbeitern der Behörden einzufordern. Ihre Schulsenatorinnen haben auch immer wieder Wert darauf gelegt, dass Stellungnahmen mit der Behörde abgestimmt wurden. Wir fordern Sie auf: Lenken Sie nicht ab von den schweren Fehlern Ihrer Bildungspolitik in den Achtziger- und Neunzigerjahren.

(Beifall bei der CDU)

Es sind gerade die damaligen Versäumnisse, die heute dazu führen, dass wir einen riesigen Renovierungs- und Sanierungsstau haben. Teilweise sind von Ihren Regierungen die falschen Schwerpunkte und Akzente gesetzt worden: Finanzielle Engpässe im Schulhaushalt, Unterdeckung im Personalhaushalt,

(*Farid Müller GAL*: Thema!)

Ideologisierung von curricularen Inhalten und jetzt auch noch Kritik an denen, die die Folgen Ihrer schlimmen Schulpolitik in schwierigen Zeiten abmildern müssen.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Das ist ja peinlich!)

Das ist genau die Politik, die von den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich abgelehnt wird. C

(Beifall bei der CDU)

Der Senat und die CDU lassen sich nicht beirren, eine solide, nachhaltige, auf Leistung und Förderung ausgerichtete Schulpolitik durchzuführen.

Unterbrechung wegen Stromausfall: 16.06 Uhr

Wiederbeginn: 17.02 Uhr

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Ich bitte Platz zu nehmen. Es herrscht Einvernehmen, dass die Aktuelle Stunde beendet ist.

Somit rufe ich die Punkte 4 bis 7 a auf: Drucksachen 18/10, Neufassung, 18/77, 18/146, 18/164 und 18/165.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von neun Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung – Drucksache 18/10 (Neufassung) –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung – Drucksache 18/77 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung – Drucksache 18/146 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union – Drucksache 18/164 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport – Drucksache 18/165 –]

Wir haben fünf Wahlen vorzunehmen. Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 4 gemäß Paragraph 38 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung für eine allgemeine Erklärung das Wort begehrte wird. Frau Mandel, Sie haben das Wort für maximal zwei Minuten. D

Doris Mandel SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU pflegt ihre Tradition der Missachtung von Frauen in den eigenen Reihen und im Allgemeinen auch weiter in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur dieser Senat hat ein Problem mit den Frauen, sondern ganz offensichtlich auch die CDU-Fraktion an sich.

(*Viviane Spethmann CDU*: Das ist eine Beleidigung, Frau Mandel!)

A Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, haben tatsächlich die Stirn, der Bürgerschaft zur Wahl für den Beirat der Landeszentrale für politische Bildung ausschließlich fünf Männer als Mitglieder vorzuschlagen.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Wer die hamburgische Verfassung nicht so genau kennt, hat eigentlich nichts im Parlament zu suchen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Artikel 3 Absatz 2 Satz 4 – damit auch Sie es finden können – der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg schreibt vor, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sein sollen. Dieser Artikel steht in der hamburgischen Verfassung nicht, damit man das Papier füllen konnte, sondern um sicherzustellen, dass der Blickwinkel von Frauen auf die Politik und ihre Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben auch berücksichtigt wird.

Meine Herren von der CDU! Dass Sie mich Ihrer Frauenfeindlichkeit nicht überraschen,

(Oh-Rufe von der CDU)

kann ich nur wiederholen. Leider ist bei Ihnen auch keine Besserung in Sicht.

Meine Damen von der CDU! Zu allem gehören immer zwei Seiten. Mit Ihrer widerstandslosen Hinnahme der reinen männlichen Besetzung des Beirats der Landeszentrale für politische Bildung durch die CDU tun Sie weder sich selbst noch den Frauen in unserer Stadt einen Gefallen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als vermutlich zukünftiges und auch langjähriges Mitglied im Beirat der Landeszentrale für politische Bildung gehe ich davon aus, dass die Herren der CDU ausschließlich in diesen Beirat gewählt werden, um eine entsprechende politische Bildung zu genießen. Die Landeszentrale hat bekanntermaßen einen Schwerpunkt, nämlich Frauenpolitik und Gender Mainstreaming. Vielleicht hilft Ihnen das. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Liebe Frau Kollegin Mandel! Ich verstehe Ihre künstliche Aufregung nicht und halte den Begriff „frauenfeindlich“ für sehr überzogen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sehr gute und qualifizierte Frauen in unserer Fraktion, die alle geeignet sind,

(*Petra Brinkmann SPD: Das erzählen Sie doch immer!*)

die unterschiedlichsten Mandate anzunehmen.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

C

– Atmen Sie doch einmal ruhig durch und hören Sie zu.

(Beifall bei der CDU)

Aber eines werden wir in unserer Fraktion nicht tun: Wir werden keine Abgeordnete und keinen Abgeordneten zwingen, ein Mandat anzunehmen. Die erste Priorität hat für uns das Wohl der Stadt und das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir entsenden die am besten geeigneten Abgeordneten in diesen Beirat.

(*Petra Brinkmann SPD: Das stimmt doch nicht! Das ist ein Armutzeugnis!*)

Ich gehe davon aus, dass dies auch in Ihrer Fraktion der Fall sein wird. Dabei ist das Geschlecht nicht entscheidend, Frau Mandel.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass die Arbeit im Beirat nicht besser oder schlechter wird, wenn dort eine Frau oder zwei Frauen einen männlichen oder mehrere männliche Bewerber ersetzen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Aufhören! – Petra Brinkmann SPD: Peinlich!*)

Insofern entspannen Sie sich und lassen Sie den neuen Beirat seine Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD: Das ist peinlich!*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Frau Dr. Lappe.

D

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Thema höre ich oft, dass die Frauen, die wir in dieses Gremium setzen könnten, nicht auf den Bäumen wachsen. Damit wird sich oft herausgeredet. In Wahrheit ist es natürlich so, dass auch Männer nicht auf den Bäumen wachsen,

(*Bernd Reinert CDU: Beide Erkenntnisse liegen uns vor!*)

auch wenn sich manchmal – wie es eben auch bei dieser Rede anklang – dieser Eindruck aufdrängt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie können natürlich Verfassungstreue nicht durch wohlklingende Worte wie „zum Wohle der Stadt“ oder Ähnliches ersetzen. Es geht hier um Verfassungstreue; das sollten Sie ernst nehmen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie das in Zukunft auch tun. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zu den Wahlen.

Die Fraktionen haben vereinbart, dass diese in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen je ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Enthaltungen. Sie dürfen auf den Stimmzetteln bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze bei einem Namen beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllt-

A te Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass diese zu Protokoll gegeben werden. *

Ich rufe den Punkt 13 auf, Drucksache 18/87, Antrag der SPD-Fraktion: Kein Ausbau des Ring 3 zwischen Rahlstedt und der A 1.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kein Ausbau des Ring 3 zwischen Rahlstedt und der A 1 – Drucksache 18/87 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, Herr Senator Freytag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion um den Ausbau des Ring 3 zwischen Rahlstedt und der A 1 ist nicht neu.

Die Hamburger Bürgerschaft hat darüber zuletzt am 25. Februar im Rahmen der Vorlage des Verkehrsentwicklungsplans 2004 debattiert. Auch in dieser Diskussion wurde allen Anwesenden deutlich, dass sich selbst die CDU bezüglich des Ausbaus völlig uneinig war.

In diesem Zusammenhang möchte ich an eine Äußerung von Herrn Warnholz erinnern, der sich auf einer Veranstaltung zum Ring 3 äußerte – ich zitiere:

„Die CDU interessiert das Thema nicht und sie befürwortet auch nicht den Ausbau des Ring 3.“

(*Petra Brinkmann* SPD: Oh, Herr Warnholz!)

Auch die Abgeordneten der CDU in der Bezirksversammlung Wandsbek haben sich öffentlich dagegen ausgesprochen.

Umso überraschter waren wir, dass der Lückenschluss des Ring 3 Teil des Regierungsprogramms ist. Dieses Ziel ist aus unserer Sicht ein überzogener Schnellschuss und wird die Stadt nur unnötig viel Geld kosten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Denn an den Tatsachen kommen auch Sie nicht vorbei. Laut vorgelegtem Gutachten wird das Verkehrsaufkommen in den nächsten zehn bis 15 Jahren konstant bleiben. Der Ausbau des Ring 3 steht daher angesichts der enormen Kosten, die bisher mit 16 Millionen Euro veranschlagt wurden, dazu in keinem Verhältnis. Das Einzige, was mit einer derartigen Maßnahme erreicht würde, wäre eine Fahrzeiteinsparnis zwischen Höltigbaum und der zukünftigen Anschlussstelle Barsbüttel von circa drei Minuten. Ich bin sehr gespannt, wie Sie – ganz abgesehen vom Lärm und den Abgasemissionen für die angrenzenden Wohngebiete – den betroffenen Bürgern

diesen für nichts und wieder nichts schwerwiegenden Eingriff in das Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor erklären wollen.

Noch in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Frank hat sich der Senat dahingehend geäußert, dass er die Umsetzung dieser Maßnahme von den Ergebnissen eines externen Gutachtens abhängig machen will. Wie ich bereits ausführte, geht aus dem Gutachten vor allem hervor, dass dieser Ausbau aus verkehrsplanerischer Sicht vollkommen unverhältnismäßig, wenn nicht sogar unnötig ist und zu erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch und Natur führt.

Sollten Sie dennoch an den Planungen festhalten, würde sich mir – und mit Sicherheit auch den Betroffenen vor Ort – der Verdacht aufdrängen, dass dieses Gutachten nur eine Alibifunktion hatte

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

und ihr Entschluss zur Umsetzung dieser Maßnahme unabhängig von dem Ergebnis des Gutachtens feststand.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation in diesem Bereich ist der vierstreigige Ausbau der Sieker Landstraße/Alte Landstraße bis zur Anschlussstelle Stapelfeld – wie von uns vorgeschlagen – viel nahe liegender. Diese Maßnahme würde nicht nur die Anbindung an die Bundesautobahn A 1 verbessern, sondern auch dem prognostizierten Verkehrsaufkommen in ausreichendem Maße gerecht werden; zum anderen würden die Wohngebiete als auch die Naturschutzgebiete nicht tangiert. Letztendlich würden sehr viele Steuergelder gespart werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das ist ein Argument, dem sich ein verantwortungsbewusster Bürgermeister – auch angesichts der zurzeit allgemein schwierigen Haushaltsslage, die wir heute der Tagespresse entnehmen konnten – nicht verschließen kann und hoffentlich auch nicht wird.

Ich möchte auch die Tatsache erwähnen, dass morgen auf der Tagesordnung der Bezirksversammlung in Wandsbek eine Mitteilung der Verwaltung steht, dass die Vertrauensleute zum Bürgerbegehren „Kein Lückenschluss des Ring 3 zum Höltigbaum und Barsbüttel“ am 22. April mehr als 4000 Unterschriften eingereicht und somit die erforderliche Anzahl der Unterschriften vorliegt, sodass das Bürgerbegehren zustande gekommen ist. Auch das darf man nicht unberücksichtigt lassen und so tun, als ob hier nichts stattgefunden hätte, was bei der Beurteilung einer solchen Maßnahme Berücksichtigung finden müsste.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich hoffe sehr, dass die heutige Debatte Klarheit in diese Angelegenheit bringt und der Senat Abstand von seinen Planungen nimmt. Andernfalls erwarten wir, dass seitens der CDU und des Senats gute Argumente geliefert werden, warum der von uns vorgelegte Alternativvorschlag Ihres Erachtens zu keiner befriedigenden Lösung führt.

Nach den vorliegenden Fakten des Gutachtens gibt es tatsächlich nichts, was diesen kostspieligen Ausbau rechtfertigen würde. Das Verhalten Ihrer eigenen Abgeordneten vor Ort, in der Bürgerschaft als auch aus der Bezirksfraktion macht deutlich, dass unsere Argumente die besseren sind. Ich darf insbesondere die ehemaligen Wandsbeker Bezirksabgeordneten erinnern – ich möchte

C

D

* Ergebnisse siehe Seiten 159 – 161

A gerne einige nennen: Frau Dr. Hochheim, Herr Böttger, Herr Kleibauer, Herr Claußen, Herr von Frankenberg –,

(*Petra Brinkmann SPD*: Das ist die halbe Fraktion!)

die mit mir gemeinsam gegen diesen Ausbau gestimmt haben, und ich hoffe, dass Sie sich heute eindeutig dazu bekennen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Steuerzahler wird es Ihnen danken. Nicht nur der Steuerzahler, sondern auch Herr Peiner wird dankbar sein, wenn man fast 16 Millionen Euro einsparen kann. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Timmermann! Vieles von dem, was Sie eben vorgetragen haben, ist richtig.

(*Uwe Grund SPD*: Der Finanzsenator hat schon genickt!)

Ich kann sogar nachvollziehen, dass Sie dieses Thema heute nutzen wollen, um einen Keil in die CDU zu treiben. Ihre Motivation, Frau Timmermann, ist hierzu allerdings – das wurde sehr deutlich – nicht so sehr sachorientiert, sondern eher populistisch.

B (Beifall bei der CDU)

Halten wir doch zum Verständnis fest: Diese Maßnahme stand schon bei der SPD im Verkehrsentwicklungsplan

(*Ingo Egloff SPD*: Da war sie auch schon falsch!)

und sie dient dem Verständnis nach auch dazu, den Lückenschluss des Ring 3 im Osten Hamburgs für die regionalen und städtischen Verkehre zwischen den nordöstlichen Stadtteilen Hamburgs, Bergedorfs und den dazwischenliegenden Gemeinden eindeutig zu verbessern.

Dennoch – das sage ich sehr deutlich – habe ich sehr großen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen der CDU in Rahlstedt und in Wandsbek – allen voran vor meinem Kollegen Karl-Heinz Warnholz –, weil sie genau das machen, was fast alle von uns in den nächsten Jahren machen werden: Wahlkreisarbeit und Einsatz für die eigenen Interessen auf Landesebene und Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt gute Gründe für dieses Engagement, die sowohl in der zu erwartenden Belastung des Wohnumfeldes als auch in den Eingriffen des Naturschutzes vor Ort liegen.

Frau Timmermann, wenn Sie aber den Eindruck erwecken wollen, es ginge der CDU nur um Vertagung und nicht um eine vernünftige Lösung des Problems, dann ist das falsch. Die CDU-Abgeordneten – das sage ich sehr deutlich zu dieser Thematik – sind auch nicht die Erfüllungshilfen

(*Ingo Egloff SPD*: Von der Handelskammer!)

der Politik des Senats, der irgendwann etwas festlegt und das dann von uns nur noch nachvollzogen wird. Die CDU-Fraktion und auch der neue verkehrspolitische Sprecher werden in den nächsten Wochen, insbesonde-

re, Frau Timmermann, vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt, erneut die Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen und auch sämtliche Alternativen prüfen und dann gemeinsam mit dem Senat eine für die Stadt richtige Entscheidung treffen.

Wir werden gut prüfen, ob alle Verkehrszählungen, Planungen und Eingriffe in Anbetracht der aktuellen Entwicklung noch zu rechtfertigen sind und ob es in Zeiten knapper Kassen wichtigere Verkehrsprojekte in Hamburg gibt, die wir umsetzen wollen. Hierbei geht es allerdings nicht darum, wie es Frau Duden damals – auch Frau Timmermann hat das Datum vorhin genannt – am 28. Januar an dieser Stelle behauptet hat, dass die CDU ihren Arbeitszettel abarbeitet. Dieser CDU geht es um das Ringen einer besten Lösung für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt und nur darum.

Wie war es denn – das vergessen Sie von der SPD immer sehr gern – in der Baubehörde unter Eugen Wagner? Viele Pläne wurden dort erarbeitet; das Geld war vor 20 Jahren auch noch da. Aber es wurden – ob aus Feigheit vor dem Bürger oder aufgrund politischer Fehleinschätzung und insbesondere aus falscher Prioritätensetzung – viele Maßnahmen nicht umgesetzt.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Sie lenken ab, Herr Hesse!)

Die Voraussetzungen für große Verkehrsprojekte haben sich allerdings verändert und sind mittlerweile weitaus schwieriger als früher, sodass zahlreiche wichtige Projekte leider nicht mehr umgesetzt werden können. Daher ist es für die CDU-Fraktion ganz wichtig, wie die Umlandgemeinden – dazu gehört ganz klar auch die Gemeinde Stapelfeld – zu den aktuellen Planungen stehen.

Hier reicht es aus meiner Sicht auch nicht aus, die Nachbargemeinden erst im Rahmen der weiteren planerischen Abstimmungen zu beteiligen. Ihnen werden wir Gelegenheit geben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, gemeinsam mit uns im Ausschuss die Notwendigkeit der Maßnahme zu diskutieren und dann auch hoffentlich gemeinsam die Konsequenz zu tragen. Wir werden im Ausschuss auch klären, Frau Timmermann, ob ein viersträgiger Ausbau der Sieker Landstraße wirklich eine Alternativlösung ist. Wofür haben wir denn die Ausschüsse, wenn wir dort nicht über das Wo, Wann, Wie, über Gutachten, Frau Timmermann, und über mögliche Zeitersparnisse für Autofahrer sprechen können?

(*Ingo Egloff SPD*: Das merken wir uns!)

– Herr Egloff, auch Sie sind herzlich eingeladen. Diskutieren Sie mit uns, stellen Sie Ihre Fragen und verlassen Sie sich wie immer darauf, dass die CDU die bestmögliche Lösung für alle suchen wird.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das werden wir auch einfordern!)

Ich möchte mit einem Satz enden, der eigentlich die ganze Thematik umfasst und den unser jetziger Fraktionsvorsitzender Bernd Reinert in seiner legendären 29-Sekunden-Rede im Januar zu diesem Thema gesagt hat: Wir werden nicht das tun, was Sie Jahrzehntelang gemacht haben, nämlich notwendige Entscheidungen verschleppen und immer weiter hinauszögern, ohne dass endlich einmal etwas passiert.

A Wir werden in den nächsten Monaten in dieser Frage eine endgültige Entscheidung zum Ausbau des Ring 3 treffen und diese dann auch konsequent umsetzen. Zeigen Sie dann endlich Verantwortung für die Stadt und hören Sie auf – das erlebt man bei Ihnen immer öfter –, jedem Bürger vor Ort nach dem Mund zu reden. Politik für das Allgemeinwohl besteht auch einmal darin, Herr Egloff, Gesamtverantwortung zu übernehmen und wichtige, vor Ort vielleicht unpopuläre, Entscheidungen mitzutragen. Heute besteht für die CDU-Fraktion auf gar keinen Fall die Veranlassung, Ihren populistischen Antrag anzunehmen und für Sie eine Vorentscheidung aus dem Bauch heraus zu treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Hesse! Es war wirklich eine überraschend nachdenkliche Rede und tatsächlich eine Begründung für eine Überweisung.

(*Bernd Reinert CDU:* So sind wir immer!)

Ich bin immer wieder überrascht, Herr Reinert, von Ihnen zu hören, dass Sie so nachdenklich seien.

B In der letzten Legislaturperiode haben Sie uns einen Verkehrsentwicklungsplan vorgelegt, der überhaupt nicht parlamentarisch diskutiert wurde und der nie einen Ausschuss von innen gesehen hat. Sie haben auf einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion zum Ring 3 hier gesagt: Quatsch, wir wissen, wo es lang geht, wir machen das alles nicht mit.

Was mich ein bisschen bei dem Überweisungsbegehr – das wir von Ihnen gehört haben – nervös gemacht hat, war das Vorgehen in der letzten Legislaturperiode. Das finden Sie nicht in Ihren Unterlagen,

(*Bernd Reinert CDU:* Ich lese auch was anderes!)

sondern Sie wissen genau, was passiert ist; das kennen Sie selbst. Es sollte eine Sitzung des zuständigen Bau- und Verkehrsausschusses stattfinden, die der damalige Vorsitzende abgesetzt hat. Darüber haben wir hier gesprochen. Danach hieß es, dass der Ausschuss wegen der Entscheidung zum Ring 3 wieder einberufen werden sollte. Ich erzähle das vor allen Dingen auch denen, die in der letzten Legislaturperiode nicht dabei waren, weil es dann richtig munter wurde.

Dann haben wir den Bau- und Verkehrsausschuss wieder einberufen, saßen dort, aber die CDU sagte: Nein, über diesen Punkt reden wir nicht. Donnerwetter! Der Senator saß da, hatte uns eine Woche vorher den Verkehrsentwicklungsplan übergeben und sagte: Ich bin nicht auskunftsähig.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Da hat er Recht!)

Danach wurde das Ganze irgendwie begraben. Aber wenn wir ernsthaft das annehmen, was Sie, Herr Hesse, eben verkündet haben, und dies tatsächlich ein neuer Anfang für eine CDU-Haltung zur Verkehrspolitik sein sollte – Sie wiegeln schon ab –,

(Zuruf von Klaus-Peter Hesse CDU)

C dann lassen Sie uns doch einmal richtig „Butter bei die Fische“ geben und über den Verkehrsentwicklungsplan als Ganzes parlamentarisch diskutieren. Auch dafür können Sie den Ausschuss mehrfach beteiligen. Der Verkehrsentwicklungsplan 2000 ist damals übrigens mit weniger Scheu vor parlamentarischen Ausschüssen bearbeitet und verabschiedet worden. Ich wäre sehr froh, wenn Sie jetzt so weit wären, Ihre Scheu vor dem zu verlieren, was eigentlich dieses Hauses würdig wäre. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/87 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Punkt 16 auf, Drucksache 18/159, Antrag der GAL-Fraktion: Girokonten für alle.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Girokonten für alle – Drucksache 18/159 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/220 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Girokonto für jedermann – Drucksache 18/220 –]**

Die Drucksache 18/159 möchte die CDU-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bereits 1995 sollten die Kreditinstitute zur Eröffnung des freiwilligen Girokontos für jedermann gesetzlich verpflichtet werden. Aber ein dahin gehender Antrag wurde von der konservativen Mehrheit im Deutschen Bundestag abgelehnt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft sollte dann die Lösung bringen, dass allen Bevölkerungsschichten der bargeldlose Zahlungsverkehr ermöglicht wird.

Im Juni 1996 beschloss der unter Druck gesetzte Zentrale Kreditausschuss der Banken und Sparkassen die dahingehenden Empfehlungen, wenigstens auf Guthabenbasis Girokonten zu ermöglichen. Es zeigten sich auch erste Verbesserungen.

Im Jahr 2000 erneuerten die Kreditinstitute dann noch einmal ihren Beschluss. Sie sagten gegenüber der Bundesregierung zu, Konten selbst bei negativer Schufa-Auskunft oder bei Pfändung auf Guthabenbasis führen zu wollen. Doch die Realität sieht total anders aus. Trotz dieser Zusage bleibt noch immer eine ganz große Gruppe außen vor. Die Verbraucher-Zentrale Hamburg spricht von 12 500 Personen. Meine Kleine Anfrage ergab, dass im letzten Jahr monatlich durchschnittlich 11 244 Menschen Sozialhilfe oder eine Grundsicherung als Barauszahlung erhielten, weil sie über kein Girokonto verfügten. Die Dunkelziffer wird aber noch viel höher sein, denn im

A denn im gleichen Zeitraum gekündigte Girokonten wurden nicht mitermittelt.

Banken und Sparkassen haben bisher auch leider keine verwertbaren Daten und Zahlen geliefert, die erkennen lassen, was überhaupt zur Ablehnung oder Kündigung des Kontos geführt hat. Banken und Sparkassen geben den Betroffenen auch überhaupt keine oder nur äußerst selten Hinweise, dass ihnen Beschwerdemöglichkeiten zustehen. Schriftliche Ablehnungen gibt es auch sehr selten, denn somit würde die Bank ja Anhaltspunkte liefern und so könnte man auf ihr Fehlverhalten hinweisen. Die Banken und Sparkassen stellen auch nicht sicher, dass die Beschwerden von Kunden über eine Ablehnung der Konten oder die Kündigung bei den Schlichterstellen entgegengenommen werden und dann von unabhängiger Seite überprüft werden können. Auch werden die Schlichtersprüche nicht anonymisiert und in geeigneter Form veröffentlicht. Hier herrscht noch sehr großer Nachholbedarf.

Bei einer Kontoeröffnung nur auf Guthabensbasis ist überhaupt keine SCHUFA-Auskunft erforderlich. Eine gegen teilige Praxis ist nach Ansicht des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen auch datenschutzrechtlich sehr bedenklich. Auch bei negativer SCHUFA-Auskunft muss ein Konto eröffnet werden, aber das passiert nicht oder sehr selten. 90 Prozent der Kontoverweigerungen erfolgt zu Unrecht, hat die Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung der Verbände herausgefunden. Viele Betroffene werden trotz der Selbstverpflichtung also weiterhin abgewimmelt. Ich finde, das ist ein Skandal. Das geht so nicht weiter.

B (Beifall bei der GAL)

– Danke.

Im Zusammenhang mit den Privatinsolvenzen steigt bundesweit auch die Zahl der Kontokündigungen. Wir werden uns in Hamburg demnächst auch mit Kontokündigungen und nicht nur mit Kontoverweigerungen beschäftigen.

Aber, meine Damen und Herren, was bedeutet es eigentlich im Einzelnen für den Menschen, kein Konto zu haben? Es bedeutet, dass die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nur auf Verrechnung ausbezahlt werden können, aber das natürlich dann noch die anfallenden Gebühren abgezogen werden. Das bedeutet ferner, dass die Betroffenen kaum Zugang zu einer Wohnung oder zu einem Arbeitsplatz haben, denn ohne Konto ist das für die Menschen, die das gewähren sollen, sehr schwierig. Miete, Strom, Telefon, das Geld für die günstigere Monatskarte oder die Gasrechnung werden nämlich normalerweise vom Konto abgebucht.

Aber was macht man, wenn man kein Konto hat? Man geht zur Bank und man muss das Geld jedes Mal in bar einzahlen. Was passiert dabei? Es fallen immense Gebühren an. Eine Bareinzahlung alleine bei der Haspa kostet 5,00 Euro. Bei der Hamburger Bank sind es 5,11 Euro, bei der Postbank 5,90 Euro. Die Commerzbank nimmt 6,00 Euro, CC-, HypoVereinsbank und die Dresdner Bank nehmen 8,00 Euro und das für jede einzelne Bareinzahlung. So wird den Menschen, denen es jetzt unheimlich schlecht geht, noch einmal in die Tasche gelangt. Das geht so nicht weiter. Monatlich kommen da locker 50 Euro oder mehr zusammen. An Mitgliedsbeiträge für Sportvereine – wie wir uns das wünschen würden – oder an Abos oder vielleicht die Überweisung der Ferien-

freizeit für die Kinder ist da für einige Menschen in dieser Stadt überhaupt nicht mehr zu denken.

C Der Bürgermeister sprach in seiner Regierungserklärung davon, dass er diejenigen, die durch den Rost gefallen sind, nicht vergessen möchte. Dann fordere ich ihn auch auf, hier Taten folgen zu lassen und sich endlich bei den Sparkassen und den Banken für die Umsetzung der Verpflichtung und für die Armen in dieser Stadt einzusetzen.

(Beifall bei der GAL)

In acht Bundesländern wurde über die Sparkassenverordnung der Kontrahierungszwang festgelegt. Ich finde, so weit muss es in Hamburg nicht kommen. Es gibt auch andere Wege, dass die Menschen zu ihrem Girokonto kommen.

Noch ein Wort zum SPD-Antrag: Die Fragen der SPD verstehen wir, halten sie aber für sehr kleinteilig. Wir glauben, dass das umfangreiche Berichtswesen sehr schwierig wird.

(Beifall bei *Frank-Thorsten Schira und Robert Heinemann, beide CDU*)

– Na toll. Da klatscht ja der Richtige!

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie kennen mich doch gar nicht!)

– Ich werde Sie ja gleich kennen lernen.

Wir wissen alle, dass ein Girokonto nötig ist. Von daher bitten wir, nach vorne zu gucken. Wir fordern den Senat auf, alles zu tun, um diese Umsetzung zu schaffen.

– Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gregersen! Es gibt eine Drucksache vom 11. Februar dieses Jahres aus dem Deutschen Bundestag. Da unterrichtet die Bundesregierung in einem Bericht zur Umsetzung der Empfehlung des Zentralen Kreditausschusses zum Girokonto für jedermann. Ich gehe darauf gleich einmal ein.

Ich wollte einfach nur sagen, dass ich Ihren Vortrag in Gänze schon sachlich fand. Wir werden uns sicherlich im Sozialausschuss näher kennen lernen.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Vielleicht kann man dann auch das eine oder andere Vorurteil in Richtung CDU abbauen.

(*Bernd Reinert CDU*: Muss es denn unbedingt im Sozialausschuss sein?)

Für uns ist die freiwillige Selbstverpflichtung der Sparkassen und Banken weiterhin ein wichtiges Gut und wird von uns unterstützt. Insbesondere unterstützen wir auch ein paar Punkte der Bundesregierung, die nämlich empfohlen hat, zum Zentralen Kreditausschuss, zum Girokonto für jedermann auch künftig an der Selbstverpflichtung festzuhalten und für eine weitere konsequente und flächen deckende Anwendung bei allen angeschlossenen Banken zu sorgen. Auch bei der Kündigung von Girokonten und bei der Ablehnung eines beantragten Girokontos sind die

A Gründe schriftlich mitzuteilen, ist auf die Möglichkeit einer kostenlosen Inanspruchnahme der Schlichtungsstellen hinzuweisen und auch sicherzustellen, dass bei den Schlichtungsstellen sämtliche Beschwerden von Kunden über die Ablehnung oder Kündigung von Girokonten entgegengenommen und von unabhängigen Personen zeitnah geprüft werden. Die Schlichtersprüche sind in geeigneter Form zu veröffentlichen und zum Schluss ist sicherzustellen, dass für den nächsten Bericht der Bundesregierung verwertbare Daten vorgelegt werden können, insbesondere Strukturdaten zu den Kontoinhabern und Daten zu den Gründen für die Ablehnung oder Kündigung eines Girokontos.

Frau Gregersen, Rotgrün regiert in Berlin. Es ist natürlich immer einfach, etwas hier auf Hamburg herunterzubrechen und von einem Skandal zu sprechen. Diese vier Punkte, die ich eben erwähnte, tragen wir inhaltlich mit. Wir würden gerne Ihrem Anliegen insofern entsprechen, als dass wir Ihr Anliegen im Sozialausschuss diskutieren wollen. Den Zusatzantrag der SPD halten wir für unsachlich und lehnen ihn daher jetzt ab. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen zusammen im Sozialausschuss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Ja, Kollegin Gregersen, es stimmt schon, das Thema ist nicht ganz neu. Dieses Haus hatte sich schon mehrfach bemüht, sich mit dem Thema Girokonto für alle auseinander zu setzen. Ich selbst war Vorsitzender des Sozialausschusses und bin mit Frau Roth, damals Sozialsenatorin, von Bankchef zu Bankchef in Hamburg gelaufen und wir haben Klinken geputzt, um dafür zu sorgen, dass die Lage in Hamburg besser wird. Man muss sagen, sie ist besser geworden. Aber um ein bisschen Inhalt hier einzubringen und auch noch einmal zu sagen, warum sie besser geworden ist: Besser geworden ist es vor allem deshalb, weil einige wenige Kreditinstitute ihren Verpflichtungen nachkommen. Da ist an allererster Stelle die Haspa zu nennen, die Postbank und natürlich auch die Volks- und Raiffeisenbanken. Die großen Privatbanken drücken sich unverändert, auch in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Realität, meine Damen und Herren, und zwar in erheblichem Umfang und widerrechtlich, jedenfalls widerrechtlich, wenn man als Banker die Empfehlungen des Zentralen Kreditausschusses des Kreditgewerbes wirklich ernst und als Verpflichtung nähme. Das kritisieren wir.

Meine Damen und Herren, es ist etwas Grundsätzliches zu sagen. Früher war es wichtig, dass man an Wasser herankam, dass man öffentliche Verkehrsmittel nutzen konnte. Heute ist es vielleicht noch wichtiger als manch anderes, dass man ein Konto hat. Sie dürfen ja gerne einmal den Versuch machen, wenn Sie arbeitslos sind, reguläre Arbeit zu bekommen, wenn Sie Ihrem Arbeitgeber nicht sagen können, welches Konto Sie haben, oder den Versuch machen, eine Wohnung anzumieten, ohne dem Vermieter ein Konto angeben zu können, und sehen, welche Folgen das hat. In der Regel führt das dazu, dass die ganze Angelegenheit scheitert.

In dem schon von Ihnen, Herr Schira, genannten Bericht der Bundesregierung ist seitens der Verbraucherverbände auf ein weiteres Problem aufmerksam gemacht worden, das unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Ich möchte dem auch gerne mit Ihrer Unterstützung nachgehen, nämlich der Tatsache, dass wir ganz oft das Problem haben, dass es sogar Menschen gibt, die Konten haben, aber mit diesen Konten nichts mehr anfangen können, vor allem deshalb nicht, weil auf diesen Konten gleich mehrere Pfändungen laufen und es im Ergebnis so ist, dass die Kontennutzung nur extrem teuer ist, aber kaum mehr funktioniert. Insoweit gibt es dort auch bundespolitischen Handlungsbedarf, dem Thema nachzugehen.

Etwas erstaunt bin ich, meine Damen und Herren, angesichts der Aussage von Herrn Schira, dass die CDU die Hinweise der SPD nicht an den Ausschuss überweisen will. Das wundert mich nun doch wirklich, Herr Schira. Es ist interessant zu hören, dass Sie alle möglichen Sachen über Sozialhilfeempfänger wissen wollen. Zum Beispiel wollen Sie wissen, welche Sozialhilfeempfänger so dumm waren und das Auto, das sie fahren, nicht auf ihren Freund oder ihre Freundin anzumelden, sondern auf sich selbst. Das interessiert Sie sehr. Da geben Sie sich viel Mühe. Es interessiert Sie jetzt auch, habe ich gehört, sich sehr um Zinseinkünfte zu bemühen. Das sind alles hochinteressante Informationen. Warum bemühen Sie sich eigentlich nicht darum, welche Relevanz die Frage „Girokonto“ für die Suche nach Arbeit hat? Das Herauslösen aus der Sozialhilfe hat doch vor allem mit Arbeit zu tun. Eine Bedingung wäre ja im Besonderen, dass man einmal klärt, welche Auswirkungen das im konkreten Fall bezogen auf Arbeit und Wohnung hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich nehme den Hinweis auf Kleinteiligkeit gerne entgegen. Wissen Sie, es wird uns oft auch von diesem Senat gesagt, in Wahrheit wollten die Leute gar nicht arbeiten. Es mangle an Arbeitswilligkeit. Ganz offensichtlich ist es so, dass so banale Dinge wie der Nicht-Nachweis eines Kontos dazu führt, dass man mit der Arbeit gar nicht erst beginnen kann. Dann, finde ich, muss man sich um solche Banalitäten, so schlimm es ist, in dieser Stadt mehr kümmern. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir uns anstrengen, dass der Finanzsenator seine Reputation im Finanzdienstleistungsgewerbe nutzt und kräftig dafür sorgt, dass die Privatbanken endlich auch ihren Verpflichtungen nachkommen, dass die Sozialsenatorin öffentlich für so etwas wirbt, die Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen dabei unterstützt, dass sie Girokonten bekommen und der Bürgermeister das auch öffentlich sagt. Das wäre einmal eine richtige Hilfe. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Die SPD-Fraktion wünscht eine Überweisung des Zusatzantrages 18/220 an den Sozialausschuss. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dem Überweisungsbegehr nicht stattgegeben worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache über den Zusatzantrag 18/220 der SPD-Fraktion. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

C

D

- A – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Zusatzantrag abgelehnt worden.

Wir kommen dann zum Wunsch der CDU-Fraktion, der Überweisung der Drucksache 18/159 an den Sozialausschuss. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dem Überweisungsbegehr einstimmig stattgegeben worden.

Ich rufe den Punkt 15 der Tagesordnung auf, die Drucksache 18/155: Antrag der CDU-Fraktion.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Polizeiliche Präsenz am Flughafen Hamburg
– Drucksache 18/155 –]**

Herr Hesse bekommt das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg ist eine wachsende Stadt und der Flughafen dieser Stadt wächst zum Glück genauso toll mit und expandiert. Darüber freuen wir uns alle.

Ungesteuertes Wachstum allerdings führt häufig zu Nebenerscheinungen, die bei sorgfältiger Planung vermieden werden können. Daher ist es auch für die Politik notwendig, unseren für die Stadt so wichtigen Flughafen zu unterstützen, damit es nicht zu diesen vermeidbaren Fehlentwicklungen kommt.

Wie stellt sich denn die momentane Situation am Hamburger Flughafen dar? Wer kennt überhaupt die Polizei am Hamburger Flughafen oder weiß, dass Polizei vor Ort ist? Abgesehen von der Tatsache, dass es hinsichtlich der Zuständigkeiten zwischen dem BGS und der Polizei eine klare Kompetenzverteilung gibt, müssen wir leider feststellen, dass die Polizei zurzeit unzureichend untergebracht ist und in der Wahrnehmung von Flughafenbesuchern gar nicht existiert.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist das Ergebnis von 44 Jahren Sozialdemokratie!)

– Herr Neumann sagt, das sei das Ergebnis von 44 Jahren Sozialdemokratie. Ich komme darauf noch einmal zurück, denn daran ist etwas Wahres.

Diese Zustände, die gerade ich als Fuhlsbüttler Bürgerschaftsabgeordneter so nicht akzeptieren kann, geben auch jetzt gerade bei der Planung des neuen Flughafens die Möglichkeit, sich bei der Entwicklung einzubringen. Wie wird sich denn die Situation am Hamburger Flughafen entwickeln? Offensichtlich, denke ich, ist es, dass die S-Bahn jetzt tatsächlich zum Hamburger Flughafen kommt. Sie wird nämlich schon kräftig gebaut. Damit kommt auch teilweise eine ganz spezielle Klientel mit zum Hamburger Flughafen. Offensichtlich ist, dass wir am Hamburger Flughafen Hotels bauen, dass es weitere Einkaufsmöglichkeiten geben wird, und auch offensichtlich – und darüber freuen wir uns auch, vielleicht nicht immer über die Nebenerscheinungen, aber zumindest über das Ereignis –, dass die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Hamburg stattfinden wird und damit natürlich auch sehr viele Menschen nach Hamburg kommen werden. Diesen Anforderungen – und das sind neue Anforderungen, meine sehr verehrten Damen und Herren – kann die Polizei in ihrer jetzigen Stärke und an ihrem jetzigen Standort leider nicht gerecht werden. Und – Herr Neu-

mann, jetzt komme ich auf Sie – wir wollen am Hamburger Flughafen keine Zustände wie wir sie am Hamburger Hauptbahnhof erlebt haben, viele Jahre unter der SPD-Regierung, wo man zugesehen und nichts getan hat. Wir möchten keinen Polizeicontainer irgendwann vor dem Haupteingang des Hamburger Flughafens stehen haben, der dann als Notreparaturbetrieb fungieren muss, weil man vorher nicht richtig geplant und sich nicht richtig um die Polizei gekümmert hat.

(*Michael Neumann SPD:* Als der Kaiser den Hamburger Hauptbahnhof baute, hat er schon an die Polizei gedacht!)

Das ist weder den Hamburgern, Herr Neumann, noch den Gästen der Stadt und schon gar nicht unseren Polizeibeamten zuzumuten.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Planungsfehler in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wird die CDU nicht wiederholen. Hamburg – und das sage ich mit großer Freude und großem Stolz – ist und bleibt eine wachsende Stadt und ist und bleibt ein wichtiges Touristenziel. Wenn sich Hamburg aber auch in Zukunft mit anderen Metropolen der Spaltenklasse vergleichen will, muss es sich an deren Maßstäben, auch was die Innere Sicherheit an bestimmten Orten angeht, messen lassen. In puncto Innere Sicherheit am Flughafen wollen wir Spaltenklasse sein. Deswegen unterstützen wir die Polizei und deswegen werden wir diesen Antrag auch gerne überweisen und mit Ihnen alles Weitere im Ausschuss diskutieren. – Vielen Dank.

(*Beifall bei der CDU*)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hesse, das war ja richtig ein Antrag mit Herz und Gefühl und noch allem Möglichen,

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Als Fuhlsbüttler!)

aber ich finde, als Fuhlsbüttlerin kann ich dazu natürlich auch nur das Gleiche sagen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Das freut mich!)

D

Natürlich ist der Flughafen ein Herz dieses Stadtteils. Am Hamburger Flughafen kommen jährlich über 9,5 Millionen Menschen an oder reisen ab. Im Jahr 2000 waren es auch 10 Millionen, Sie schreiben das ja ganz richtig in Ihrem Antrag. Um sich die Dimensionen richtig vorzustellen: Das sind 26 000 Menschen an einem einzigen Tag, eine mittlere Stadt also, die dort an einem einzigen Tag in einigen wenigen Gebäuden ankommt, abreist, einkauft, die Stadt sehen will, als Geschäftsreisende dort durchläuft und so weiter. Da würde sich so mancher Stadtbürgermeister, wenn ich so die Kleinstädte im Umland von Hamburg sehe, noch ganz andere Gedanken machen, was die Dimensionen anbelangt.

Natürlich gibt es an einem solchen Ort, leider, aber in der Regel auch nicht abzuschalten, auch Kriminalität, Menschen, die Straftaten begehen, die vielleicht auch einmal die Reisestimmung von Menschen ausnutzen, es auf Wertsachen von Geschäftsreisenden abgesehen haben und so weiter und so fort. Wir sind uns ja auch völlig

A einig, dass es dort genauso wie an allen anderen Orten in Hamburg eine Kriminalitätsbekämpfung geben muss, dass die Räume dazu vernünftig ausgestattet sein müssen, dass es dort auch genug Menschen geben muss. Ich gebe Ihnen auch völlig Recht. Ich kenne die Dienststelle der Polizei, ich habe sie auch schon einmal angeschaut. Ich weiß, wo sie ist, aber sie ist nicht inmitten des Geschehens.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Da sind Sie sehr alleine!)

Nun wird der Flughafen auch umgebaut und wir haben die Chance, das besser zu machen. Es ist aber am Flughafen trotz der Kompetenzabgrenzung nicht nur die Polizei, die die Frage der Sicherheit bearbeitet. Es sind der Bundesgrenzschutz, der Zoll, private Sicherheitsdienste des Flughafens und so weiter. Der Antrag ist also nicht falsch, aber er springt ganz schön kurz.

(Beifall bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Ich freue mich, dass Sie dem auch zustimmen. Ich freue mich darüber, dass wir das im Ausschuss diskutieren. Ich glaube, das ist eine gute Gelegenheit, uns von fachkundiger Seite – und zwar nicht nur von der Polizei, die natürlich fachkundig ist – von allen Beteiligten vorlegen zu lassen, wie die Kriminalitätslage ist, was sich entwickelt, welche Gefährdungen es am Flughafen gibt, was da passieren wird. Am Ende steht vielleicht mehr als eine Bitte um bessere Räume für die Polizei, nämlich ein Sicherheitskonzept, das wir hier auch in der Bürgerschaft diskutieren müssen, unter Zusammenstellung aller Beteiligten aus dem PK 34 und so weiter.

B Eine Sache – da wundert es mich schon, dass Sie sie als Fuhlsbüttler nicht angesprochen haben, Herr Hesse – möchte ich aber sagen: Wenn es darum geht, die Mittel für den Flughafen zu verstärken, also eine gesamtstädtische Aufgabe zu lösen, darf nicht das örtliche Polizeikommissariat dafür bluten.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Das PK 34 hat zu tun im Stadtteil. Wenn wir mehr Personal am Flughafen brauchen, dann muss das ein Plus sein und nicht irgendwie aus dem PK herausgenommen werden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Vollkommen richtig!)

Fuhlsbüttel, Langenhorn und Ohlsdorf, auch da gibt es genug zu tun. Und da muss ich dann doch eine kritische Bemerkung anschließen: Die Verdrängungspolitik des alten Senates hat bekanntermaßen dazu geführt, dass auch etwas, was es vorher dort so gut wie gar nicht gab, nämlich Drogenkriminalität, in diese Stadtteile verlagert worden ist, leider auch nach Fuhlsbüttel und Langenhorn.

Also, inhaltlich haben wir mit der Zielrichtung des Antrags kein Problem. Es lohnt sich, darüber ausführlicher zu diskutieren. Das tun wir im Innenausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hesse, ich habe ja gedacht, das Ressort

Innenpolitik sei eine Herausforderung, und nun stelle ich fest, Sie reden

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Sie hätten das Ressort ja nicht annehmen müssen!)

und es klingt genauso, als wenn Sie zur Stadtentwicklung reden. Es ist sozusagen die große Ansage „wir wollen Spitze werden“, aber irgendwelche Inhalte verbergen sich nicht hinter Ihren Anträgen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich höre da eher heraus, dass Sie eigentlich nicht viel Vertrauen in den Innensenator setzen, der doch zu Ihrem politischen Umfeld gehört, wenn auch nicht zu Ihrer Partei. Das, was ich bisher gelernt habe, heißt, dass es eine Stelle in der Innenbehörde gibt, die Zentraldirektion, die die Lage bewerten wird und die sich sicherlich auch schon mit dem Ausbau des Flughafens und mit dem Ausbau der S-Bahn beschäftigt hat und die eigentlich hier, vielleicht mit Ihrer Hilfe, einen Haushaltsantrag formulieren und einbringen müsste, der dann aber auch konkret sagt, worum es hier geht. Also: Werden mehr Sachmittel gebraucht? Wird mehr Personal gebraucht? Welche Probleme stehen denn tatsächlich an? Mit einem Haushaltsantrag könnte man diese CDU-Offensive vielleicht noch ernst nehmen. So ist es aber nichts. In Ihrem Antrag stehen wolkige Formulierungen:

„Es ist mit einer Zunahme an Delikten und für den Flughafen neuartigen Kriminalitätsformen zu rechnen.“

Was soll das denn sein? Es laufen Menschen mit Gepäck herum, mit oder ohne Geld, Menschen, die Essen gehen, die einkaufen wollen, die Parkplätze oder Taxis suchen. Alles wie gehabt, nur stattdessen nicht mehr 10 Millionen Leute, sondern vielleicht 15 Millionen. Die Frage also: Ist die CDU hier besonders innovativ? Nimmt sie vielleicht einen Bundestrend auf, den wir noch nicht mitbekommen haben?

Sie haben erwähnt, Sie wollten besser sein als die Metropolen des Landes. Ich habe einmal ein bisschen recherchiert: In Frankfurt baut man die Landespolizei gerade ab. Man sieht die Probleme überhaupt nicht auf dem Flughafen. Vielleicht Diebstähle im Frachtbereich – haben Sie das gemeint mit neuartigen Kriminalitätsformen am Flughafen?

(Beifall bei *Jörg Lühmann GAL*)

Sie lächeln: wahrscheinlich nicht.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ich lächle nicht, ich lache!)

Also was dann? München: Herr Beckstein ist mit dem BGS unzufrieden. Er möchte, dass die Bundeswehr zum Objektschutz eingesetzt wird. Wollten Sie da vielleicht Herrn Nagel Hilfestellung geben? Ist das der nächste Antrag? Wann kommt die Substanz?

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Jetzt wird es doch lächerlich!)

– Nein, es ist nicht lächerlich. Es ist die Frage nach Substanz, Herr Hesse.

Ich habe noch mehr getan. Das Bundesinnenministerium, Bereich Luftsicherheit, hat schon vor längerer Zeit – darauf haben Sie mich auch hingewiesen – wegen der bestehenden Gefährdungssituation die erhöhte Präsenz der Polizei an Flughäfen angeordnet. Dem ist Hamburg

A längst gefolgt. Aber die Tatsache, dass es eine Entwicklung zu neuartigen Kriminalitätsformen gebe oder dass man die vermuten müsse, ist dort nicht bekannt.

Was bleibt also übrig? Die CDU möchte sagen – und das formulieren Sie denn ja hier auch lang und breit –, es brauche eine angemessene Personalausstattung, einen Raum für die Polizei, der zentral erreichbar ist, und mehr nicht. Das sind Selbstverständlichkeiten, denke ich einmal, und was dazu notwendig ist – Frau Dräger hat das angesprochen –, ist ein ausgefeiltes Sicherheitskonzept, klare und kurze Abstimmungswege, eindeutige Kompetenzzuweisungen, also eine Sicherheitspartnerschaft, die es zwischen BGS, Zoll und Flughafenwerkschutz, Feuerwehr und so weiter längst gibt. Wie es damit in Hamburg tatsächlich aussieht, können wir uns im Ausschuss anhören. Ich hoffe, dass sich Ihr Antrag dann erledigt hat.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – die sehe ich nicht –, kommen wir zur Abstimmung. Die Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/155 an den Innenausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist diesem Antrag einstimmig entsprochen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 18, dem Antrag der SPD-Fraktion: Entwicklung eines Studienganges „Internationales Wirtschaftsrecht“ in Kaliningrad.

B **[Antrag der Fraktion der SPD:
Entwicklung eines Studienganges „Internationales
Wirtschaftsrecht“ in Kaliningrad
– Drucksache 18/161 –]**

Hier ist Einvernehmen zwischen den Fraktionen erzielt worden, dass wir zu diesem Punkt keine Debatte haben werden. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/161 annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 8 der Tagesordnung, dem Dringlichen Senatsantrag: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004, Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung 2004; hier: „Einrichtung eines zentralen Verwahrplatzes für abgeschleppte Fahrzeuge im Zusammenhang mit der Neuordnung des Abschleppwesens“ – Drucksache 18/132 –]

Auch hier ist zwischen den Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt worden, dass wir keine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt haben werden. Wir werden auch sofort zu den Abstimmungen kommen. Die GAL-Fraktion hat beantragt, das ziffernweise zu tun. Wer möchte Ziffer 1 des Petitions aus dem Dringlichen Senatsantrag

annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einvernehmlich angenommen worden. C

Dann kommen wir zu Ziffer 2. Wer möchte Ziffer 2 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig angenommen worden.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der GAL-Fraktion angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall.

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Die SPD-Fraktion hat nun eine nachträgliche Überweisung der Drucksache 18/132 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Innenausschuss beantragt. Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Überweisungsantrag einstimmig angenommen worden.

Wir sind trotz Stromausfalls am Ende der Tagesordnung. Wir sehen uns morgen wieder. D

Schluss: 17.58 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Tanja Bestmann, Ingrid Cords, Wolfgang Drews, Ralf Niedmers, Berndt Röder, Dr. Monika Schaal, Carola Veit und Andreas C. Wankum.

Zu Punkt 4**Anlage 1**

(siehe Seite 149 C)

Wahl von neun Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung

(Drs 18/10 -Neufassung-)

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Andreas C. Wankum	110	71	25	13	0
Bernd Reinert	110	88	15	7	0
Wolfgang Drews	110	82	20	8	0
Robert Heinemann	110	83	18	9	0
Klaus-Peter Hesse	110	86	16	8	0
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Wilfried Buss	110	95	6	6	3
Britta Ernst	110	89	8	9	4
Jan Peter Riecken	110	94	6	7	3
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Christa Goetsch	110	89	7	8	6

Zu Punkt 5

(siehe Seite 149 C)

Wahl eines Mitglieds für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung

(Drs 18/77)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Olaf Böttger	110	85	9	16	0

Zu Punkt 6**Anlage 2**

(siehe Seite 149 D)

**Wahl von acht ehrenamtlichen Mitgliedern und deren
Vertreterinnen oder Vertretern der Kommission für Bodenordnung**
(Drs 18/146)

Gewählt wurden:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
<i>a) Mitglieder</i>					
Dr. Natalie Hochheim	108	95	7	5	1
Kai Voet van Vormizeele	108	95	6	7	0
Jürgen Echternach	108	77	23	8	0
Ina Eggers	108	95	6	7	0
<i>b) Vertreter</i>					
Karl Fasbender	108	88	8	9	3
Michael Waldheim	108	87	9	9	3
Wilhelm Rahlf	108	88	9	8	3
Klaus-Peter Hesse	108	93	6	7	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
<i>a) Mitglieder</i>					
Brigitte Brockmöller	108	92	6	4	6
Werner Dobritz	108	90	10	3	5
Rolf Lange	108	93	5	4	6
<i>b) Vertreterinnen/Vertreter</i>					
Gesine Dräger	108	93	6	3	6
Simone Kerlin	108	94	4	4	6
Jan Quast	108	94	5	3	6
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
<i>a) Mitglieder</i>					
Claudius Lieven	108	94	5	3	6
<i>b) Vertreterin</i>					
Antje Möller	108	93	6	3	6

Zu Punkt 7**Anlage 3**

(siehe Seite 149 D)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union
(Drs 18/164)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Stefan Kraxner	110	75	25	9	1

Zu Punkt 7 a

(siehe Seite 149 D)

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Bildung und Sport
(Drs 18/165)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Reinhard Meyer	110	93	7	8	2